



Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie

10. Sitzung (öffentlich)

16. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:44 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmeltzer (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Datenlage – Bereich Arbeit/Wirtschaft – Gespräch mit Sachverständigen (s. <i>Anlage</i>)	4
2	Verschiedenes	37

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Ich begrüße Sie zur 10. Sitzung des Parlamentarischen Begleitgremiums COVID-19-Pandemie.

Die Tagesordnung haben die Ausschussmitglieder mit der Einladung 17/2100 am 9. November erhalten. Der Form halber die Frage: Gibt es Einwände, Wünsche, Sonstiges zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

1 Datenlage – Bereich Arbeit/Wirtschaft

– Gespräch mit Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Das Parlamentarische Begleitgremium möchte heute mit sachverständigen Gästen Sachstand und Fragen zur Datenlage im Bereich „Arbeit und Wirtschaft“ erörtern. Dazu begrüße ich unsere Gäste sehr herzlich und danke Ihnen, dass Sie dem Gremium zur Verfügung stehen.

Ihnen wurden vorab Fragen übermittelt, zu denen wir mit Blick auf die heutige Sitzung Stellungnahmen erbeten haben. Ich danke den Sachverständigen für die schriftlich eingereichten Beiträge, die unter anderem – die Betonung liegt auf „unter anderem“ – die Basis für weiterführende Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sind.

Ich werde Ihnen nun zunächst in der Reihenfolge des Tableaus die Gelegenheit geben, dem Gremium in einem kurzen, ca. fünfminütigen Statement Ihre Einschätzung bzw. Ihre wichtigen Punkte zum Thema darzulegen.

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW): Ich danke für die Einladung und beschränke mich, um tatsächlich ein Kurzstatement abzugeben, auf die Frage zur Arbeitsmarktentwicklung, Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenquote in NRW stieg von 6,7 % im März 2020 auf 7,4 % im April und dann in den Folgemonaten bis August 2020 auf 8,2 %. Wir hatten also in der Tat einen steilen Anstieg der Arbeitslosenquote. Allerdings kann man das im Zeitverlauf relativieren. Die Quote war seit 1993 eigentlich nur 2017 und 2019 niedriger. Obwohl die Quote bis Oktober 2021 wieder deutlich gesunken ist, auf 6,9 %, ist dennoch keine Entwarnung zu geben, weil die Langzeitarbeitslosigkeit stark angestiegen ist. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen beträgt fast die Hälfte, 48 %. Zum Vergleich: Im Oktober 2019 waren es nur 39 %, also gut ein Drittel.

Das zeigt mit Blick auf viele Perspektiven ein Muster. Wir haben zwar eine Erholung am Arbeitsmarkt, aber von dieser Erholung profitieren offenbar in erster Linie die, die man als marktnah bezeichnet. Eher marktferne Personen sind stärker und auch länger von der Krise betroffen. Ich versuche, das in dem einen oder anderen Detail im Folgenden noch kurz auszuführen.

Um die spezifische Entwicklung irgendwie andeuten zu können, wurde ein sehr einfacher, ein deskriptiver Indikator gebildet, der sogenannte Coronaeffekt. Es geht um verschiedene Varianten, die im Kern immer die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung mit einer fiktiven Größe, nämlich den Daten im Vorjahresmonat, vergleichen. Der einfache Gedanke dahinter: Die Differenz, also all das, was sich nicht so entwickelt hat wie im Vorjahr, ist auf die Krise zurückzuführen.

Eine Variante der Statistik der BA hat die Entwicklung, die ich eben angedeutet habe, reproduziert. Da wurde gezeigt, dass der Coronaeffekt bis August 2020 sehr stark angestiegen ist. 1,5 Prozentpunkte an der damaligen Arbeitslosenquote sollten so auf den Coronaeffekt zurückzuführen sein. Das hat sich sehr entspannt. Am aktuellen Rand sind es nur noch 0,5 Prozentpunkte, es ist also die gleiche Situation. Klar, die

muss sich hier reproduzieren. Bemerkenswert dabei ist nur, dass der Coroneffekt zum Beispiel in Baden-Württemberg bereits auf null gesunken ist.

Von Interesse an diesem Effekt ist eher, dass er einen einfachen Blick auf spezielle Personengruppen ermöglicht. Man kann sagen, dass am aktuellen Rand Frauen, Ältere, ausländische Arbeitsmarktteilnehmer stärker vom Coroneffekt am Arbeitsmarkt betroffen sind als Männer, Jüngere und deutsche Staatsbürger. Das war am Anfang der Krise genau umgekehrt.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass bei Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ein besonders starker Coroneffekt zu beobachten ist. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Arbeitslosenquote hier 18,9 %. 1,9 Prozentpunkte sind dabei auf den Coroneffekt zurückzuführen. Das ist ein ganz simpler Indikator. Er verdeutlicht nur den Sachverhalt, den ich eben schon genannt habe. Besonders vulnerable Personengruppen sind offenbar länger und stärker von der Entwicklung betroffen als der Durchschnitt.

Eine andere Variante des Coroneffekts, die im Kern den gleichen Sachverhalt durchlaufen hat wie das, was ich eben geschildert habe, die aber stärker die Ströme zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den Blick genommen hat – die haben wir im IAB gebildet –, verweist auf Differenzen zwischen den Branchen. Das ist klar. Am Anfang waren besonders die Bereiche „Gastronomie“, „Beherbergung“ und „Vermittlung und Verleih von Arbeitskräften“ betroffen; der Coroneffekt war mehr als sechsmal größer als im Durchschnitt der Wirtschaftsabteilungen. Das zeigt, wie stark sie getroffen wurden. Wenn man den weiteren Verlauf der Krise betrachtet, kann man feststellen, dass das Beherbergungsgewerbe nach wie vor sehr stark betroffen ist. Der Effekt hat weiter zugenommen.

Anders ist es bei der Leiharbeit. Da sind im Jahresvergleich sogar niedrigere Nettozugangsraten in Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als im durchschnittlichen Wirtschaftsbereich. Das zeigt wieder einmal, wie auch in der Finanzkrise, dass die Leiharbeit ein starker Indikator für die Konjunkturentwicklung ist und in dieser Krise eine Art Puffer für die nicht in der Leiharbeit Beschäftigten war. Das wiederum ist ein zweischneidiges Schwert. Es gilt das gleiche Argument, das ich eben genannt habe: Die Leiharbeiter sind ein Puffer, aber sie profitieren nicht von der Pufferfunktion, die sie selber darstellen, auch wenn sich diese Entwicklung jetzt beschleunigt hat.

Eine letzte Bemerkung: Der Indikator, den wir gebildet haben, ermöglicht auch eine regionale Differenzierung. Es ist sehr interessant zu sehen, dass verschiedene Kreise und kreisfreie Städte oder ganze Regionen in NRW anders, auch im Zeitverlauf, von der Krise getroffen wurden. Ich habe einmal vier herausgepickt, die cum grano salis exemplarisch für die umgebenden Regionen dienen können.

Wenn man sich Düsseldorf als Beispiel für das Rheinland und Gelsenkirchen als Beispiel für das Ruhrgebiet anschaut, dann sieht man, dass die Coronelage über die Anfangskrisen hinaus in den Frühjahrsmonaten bis in den Sommer hinein weiterhin stabil blieb, also die Arbeitslosenquote nicht zurückging, sondern sich zum Teil noch erhöht hat, während im Märkischen Kreis oder in Gütersloh schon im Sommer sehr starke Erholungseffekte stattgefunden haben. Das verweist ein bisschen darauf, dass auch

die Branchenspezialisierung der einzelnen Regionen anzeigt, dass die Regionen unterschiedlich betroffen sind.

Das zeigt ebenso, dass wirklich unterschiedliche Entwicklungen vorliegen. In Düsseldorf haben insbesondere im Frühjahr und im Winter noch starke Zuwächse aus der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit dafür gesorgt, dass die Gesamtnettozuwächse in Arbeitslosigkeit hoch blieben. In Gelsenkirchen ist es umgekehrt. Dort sind durchgängig ausbleibende Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung verantwortlich für diese Sachlage. Das verweist darauf, dass die Langzeitarbeitslosigkeit stärker ansteigt.

Als letztes Argument: Diese regionalen Differenzierungen zeigen, dass offenbar auch die Siedlungsdichte selbst ein Faktor ist, der einen Einfluss darauf hat, wie hoch die Coronaeffekte sind. Ähnliches gilt für die Belastung der Regionen, die schon vorher eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit aufwiesen. Eigentlich bedeutet das, dass man die Bemühungen um eine differenzierte, regionalisierte Arbeitsmarktpolitik weiterhin fortführen muss.

Prof. Dr. Torsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Vielen Dank für die Einladung. – Ich werde eine Reihe von Aspekten aufgreifen, die mein Vorredner noch nicht angesprochen hat. Dafür werde ich den Arbeitsmarkt eher kurz streifen, dazu haben wir jetzt schon viel gehört.

Ich kann bestätigen, dass es eine Ausdifferenzierung gibt. Man muss sich die Branchen sehr genau ansehen. Zu Beginn der Pandemie hatten wir das Phänomen, dass fast alle Branchen gleichartig von dem Schock betroffen waren. Im letzten Frühjahr mussten alle schließen. Alle haben die Produktion runtergefahren und ihre Tätigkeit einschränken müssen. Das hat sich inzwischen ausdifferenziert.

Wir hatten erst eine Zweiteilung. Der Dienstleistungsbereich ist weiter sehr stark eingeschränkt gewesen, während sich das verarbeitende Gewerbe im Verlauf des letzten Jahres schon wieder sehr stark von der Pandemie erholen konnte, zu einem guten Teil getrieben von der ausländischen Nachfrage.

Im Frühjahr dieses Jahres setzten dann die Lieferengpässe ein, die zu einer weiteren Differenzierung geführt haben. Das ist wirklich kein gleichgerichtetes Phänomen mehr. Es hat seinen Ursprung zwar auch in der Pandemie, im Lockdown in Deutschland und in anderen Ländern, man muss sich aber sehr genau angucken, was in den einzelnen Märkten passiert ist.

In der Automobilindustrie ist die Lage anders einzuschätzen als in der Stahlproduktion. Dementsprechend werden die Engpässe dort unterschiedlich lang andauern. Möglicherweise wird sich die Holzproduktion schneller erholen als die Chipproduktion. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Problemlagen sehr unterschiedlich, und daher erholen sich die einzelnen Bereiche bis hinunter in die einzelnen Unternehmen auch sehr unterschiedlich von der Pandemie.

Davon abgelöst hat sich zu einem gewissen Teil der Dienstleistungssektor, der immer noch von der Pandemie, von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffen war und erst in diesem Sommer die Wirtschaftsaktivität deutlich ausweiten konnte. Das war im

zweiten und dritten Quartal nicht ganz so stark der Fall, wie wir es noch vor einigen Wochen eingeschätzt hatten, aber es gab doch eine deutliche Erholung. Nun ist zu befürchten, dass wir durch die Maßnahmen, die im Raum stehen, die zum Teil beschlossen wurden, doch wieder auf ein Winterhalbjahr zusteuern, in dem man Aktivitäten einschränken muss, wodurch sich die Erholung bis ins nächste Jahr verzögern wird. Auch daraus lernt man: Man muss sich die einzelnen Branchen und deren Lage inzwischen sehr genau anschauen.

Insgesamt sieht die Lage mit Blick auf die Insolvenztätigkeit überraschend gut aus. Wir haben lange Zeit erwartet, gelernt aus früheren Rezessionen oder konjunkturellen Wirtschaftseinbrüchen, dass die Insolvenzzahlen mit einer gewissen Verzögerung sehr stark ansteigen. Das ist bisher nicht eingetreten. Es deutet auch wenig darauf hin, dass sich das in Zukunft ändern wird. Wenn Sie sich die Zahlen anschauen und mit Experten sprechen, dann werden Sie feststellen, dass doch die meisten inzwischen der Überzeugung sind, dass eine große Insolvenzwelle, wie sie im vergangenen Jahr noch befürchtet wurde, sehr wahrscheinlich ausbleiben wird.

Ein Grund dafür sind die sehr umfangreichen finanziellen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern, die doch vielen Unternehmen über diese Durststrecke geholfen haben. Zuerst sind sehr schnell Hilfsmaßnahmen ausgezahlt worden. Die sind immer wieder aufgestockt, erweitert, differenziert worden. Das hat offensichtlich vielen Unternehmen über die schwierige Phase geholfen, und das wirkt auch noch in diesem Jahr, möglicherweise bis in das nächste Jahr hinein.

Es gibt immer Bereiche, die ein bisschen durch das Raster fallen. Das ist mit dem Härtefallprogramm zum Teil noch im Herbst vom Bund nachgebessert worden. Solo-Selbstständige, Kulturschaffende haben lange Zeit nicht in dem Umfang die Möglichkeit erhalten, Gelder zu beantragen, wie sie es gebraucht hätten. Das ist dann nachgebessert worden. Aber auch da sind die Härten unterschiedlich verteilt. Man muss sich die einzelnen Fälle genau anschauen.

Insgesamt haben die staatlichen Hilfsmaßnahmen doch dazu geführt, dass eine große Insolvenzwelle vermieden werden konnte. Wie gesagt, die Aussicht ist eigentlich ganz günstig, dass das auch so bleiben wird.

Was die Verschuldungslage der privaten Haushalte angeht, gibt es eine relativ junge Studie von Creditreform, die dazu eine Umfrage gemacht haben. Danach sieht es ein bisschen anders aus. Eine ganze Reihe von Antworten deutet darauf hin, dass man doch Schwierigkeiten hat, offene Rechnungen oder die Miete zu bezahlen. Der Anteil der Antworten, die in diese Richtung gehen, steigt an.

Das liegt daran, dass doch eine Reihe von Arbeitskräften in Kurzarbeit gehen musste, in Arbeitslosigkeit gegangen ist, Einkommenseinbußen hinnehmen musste. All dies verbunden vor allem mit steigenden Energiekosten, die dann neben der Miete aufzuwenden sind, bereitet den Menschen Schwierigkeiten. Auch die angestiegene Inflation dürfte sich noch eine Zeit fortsetzen und wird die Einkommen ein Stück weit aufzehren. Das macht es in naher Zukunft schwieriger, Rechnungen zu bezahlen, die Miete zu bezahlen. Dieses Problem wird uns weiterhin beschäftigen.

Man kann sagen: Ohne die Hilfsmaßnahmen – es gab eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen – würde es deutlich schlechter aussehen. Trotzdem ist es ein Problem, das man nicht unterschätzen darf.

Nimmt man alles zusammen, muss man allerdings schon sagen, dass die Einkommen durch stabilisierende Maßnahmen, zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung oder das progressive Einkommensteuersystem, deutlich geringer gesunken sind als die Wirtschaftsleistung. Insgesamt hat der private Haushaltssektor nach Schätzung der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute während der Krise etwa 200 Milliarden Euro zusätzlich zu dem gespart, was er normalerweise gespart hätte. Im vergangenen Jahr ist eine enorme Ersparnis aufgelaufen, die den Haushalten zur Verfügung steht – eben nicht allen Haushalten, sondern den Besserverdienenden, nicht den geringfügig Beschäftigten. Die konnten das nicht und haben nichts davon.

Es gibt eine gewisse Schiefelage bei dieser Ersparnis, das muss man sehen. Aber in der Summe mussten die privaten Haushalte keine drastischen Einschränkungen hinnehmen. In der Summe ist auch die Verschuldung nicht angestiegen, sondern das trifft nur einkommensschwache Haushalte.

Dr. Oliver Stettes (Institut der deutschen Wirtschaft): Vielen herzlichen Dank für die Einladung. – Ich möchte zu Beginn drei Punkte ansprechen und dabei an die Ausführungen von Herrn Bauer anschließen.

In meinem ersten Punkt geht es um eine Einschätzung des Arbeitsmarktes, der sich aus unserer Sicht als erstaunlich robust erweist. Man muss sich einmal vor Augen führen, welche Ausmaße diese Krise hatte. Wir beobachten etwas, was wir 2008/2009 schon in etwas anderer Form, aber ähnlich beobachten konnten, nämlich dass es aufseiten der Unternehmen ein großes Interesse gibt, Arbeitskräfte zu halten, Jobs zu bewahren. Das wird wirkungsvoll unterstützt durch das Instrument der Kurzarbeit.

Wir hatten im vergangenen Jahr ein bisschen die Sorge, weil immer die Gefahr besteht, dass Arbeitsplätze zunächst in Kurzarbeit gehalten werden, die möglicherweise keine wirtschaftlich nachhaltige Zukunft haben, dass es zu einem verzögerten Eintritt in Arbeitslosigkeit kommen kann. Nach Einschätzung der gegenwärtigen Lage wird sich diese Sorge aber nicht realisieren. Kurzarbeit hat hier in der Tat eine Brücke gebaut, die auch hält. Dieses Instrument hat sich im Großen und Ganzen wieder einmal bewährt. Es fällt zusammen mit dem Interesse der Unternehmen, Arbeitskräfte zu halten, was unter anderem dem demografischen Wandel geschuldet ist, auf den ich zum Schluss noch kurz eingehen möchte.

Uns treibt auch die Sorge um, dass die Langzeitarbeitslosigkeit steigt, dass viele Menschen aufgrund der geringeren Abgangschancen aus Arbeitslosigkeit in die Langzeitarbeitslosigkeit rutschen. Das wirft für uns die spannende Frage auf – und das ist die große Herausforderung –, wie wir diese Menschen nach der Coronakrise wieder integrieren.

Mein zweiter Punkt ist: Wir wissen noch relativ wenig über die mittel- bis langfristigen Folgen der Pandemie und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wir können zum Beispiel noch nicht absehen, ob sich das Konsumverhalten nachhaltig verändern wird.

Wir wissen nicht, welche Konsequenzen – Herr Professor Schmidt hat es angesprochen – Lieferkettenengpässe und dergleichen auf die Art und Weise haben werden, wie sich Unternehmen vielleicht in Zukunft neu organisieren werden.

Wir wissen auch nicht, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Jahr 2020, ob es Auswirkungen auf die Bereitschaft, Lohn und Brot in einem anderen europäischen Mitgliedsland zu finden, geben wird. Das alles ist noch offen.

Genauso offen ist das, was wir im Bereich der Art und Weise, wie wir Arbeit in den Unternehmen organisieren, beobachten werden. Richtig ist sicherlich, dass Corona und die Verbreitung von Homeoffice anzeigen, dass wir einen Digitalisierungsschub erlebt haben. Aber wir sind noch sehr zurückhaltend bei der Bewertung, inwiefern Homeoffice in der Form, wie wir es in den vergangenen 19 Monaten kennengelernt haben, eine Arbeitsform ist, die mittel- bis langfristig in die Zukunft trägt, und welche Entwicklungsstränge dieser Art zu beobachten sein werden.

Wir haben die Vermutung, dass sich Vorbehalte, die beispielsweise vor Corona existiert haben, sowohl aufseiten der Beschäftigten als auch aufseiten von Unternehmen, möglicherweise durch die Erfahrungen, die man gezwungenermaßen während der COVID-Krise gemacht hat, an der einen oder anderen Stelle aufgelöst haben, an anderen Stellen werden sie sich bestätigt haben. Es bleibt abzuwarten, wie sich das in der Zukunft darstellt.

Mein dritter und letzter Punkt ist: Wir dürfen nicht vergessen, dass die Coronapandemie sicherlich erhebliche Auswirkungen hatte. Aber die eigentlich große Herausforderung, die ein bisschen in den Hintergrund geraten ist, ist: Wir beobachten, dass wir im Kern mehrere Megatrends haben, die zusammenwirken und auf allen Seiten entsprechende Herausforderungen mit sich bringen.

Das ist nicht nur das Stichwort „digitaler Wandel“. Der digitale Wandel fällt zusammen mit einer ganzen Reihe von Themen. Ich nenne den ökologischen Wandel, Dekarbonisierung, die Entwicklung hin zur E-Mobilität und dergleichen. Das wird Herausforderungen verursachen, und das Ganze vor dem Hintergrund eines demografischen Wandels.

Auf Unternehmensseite wird man diesem Wandel begegnen und entsprechende Antworten mit alternden Belegschaften finden müssen. Das Gleiche gilt für die Arbeitsmarktpolitik, die sich die Frage stellen muss: Wie gehen wir damit um, wenn wir im Erwerbspotenzial weniger werden, und zwar vor dem Hintergrund, dass die öffentlichen Kassen, auch die Sozialkassen, leer sind? Der jüngste Haushaltsbericht der Bundesagentur hat gezeigt, dass die Reserven aufgebraucht sind. Das bedeutet, dass die finanziellen Spielräume hier eingeeengt sind.

Torsten Withake (Regionaldirektion NRW der BA [per Telefon zugeschaltet]): Ich habe einen Teil des vorherigen Statements mitbekommen und kann sehr gut an das anknüpfen, was Herr Dr. Stettes formuliert hat. Vielleicht ist das ein Punkt, der ein wenig zur Transparenz beiträgt.

Es geht konkret um das Thema „finanzielle Ressourcen im Kontext der Arbeitslosenversicherung“. Auch wenn unsere Rücklage vollständig aufgebraucht ist, gibt es den klaren Willen des Aufsichtsgremiums, des Verwaltungsrates, nicht an aktiver

Arbeitsförderung zu sparen. Das ist insofern ein gutes Signal für die Menschen, die in der Kurzzeitarbeitslosigkeit sind. Auch für die Menschen, die in der Langzeitarbeitslosigkeit sind, sprich: im SGB-II-Bezug, sind ausreichende Mittel in Aussicht gestellt worden, sodass wir da zumindest nicht in das finanzielle Risiko hineinlaufen.

Ich würde gerne noch auf zwei, drei Punkte etwas pointierter eingehen. Wir haben gerade schon über den Höchststand in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit über 7,1 Millionen Beschäftigten, Stand August, gesprochen. Die Kehrseite ist, dass wir einen starken Rückgang bei den geringfügig entlohnten Beschäftigten sehen; mit den Septemberwerten liegen wir bei knapp über 1 Million sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Der Rückgang bezogen auf den Vorjahresmonat trifft insbesondere Frauen und beträgt 7,4 %. Bei den Männern liegt er bei 5,5 %. Das ist eine Besonderheit, da schaut man nicht immer im Detail hin.

Ansonsten ist aus meiner Sicht ganz wesentlich: Wir haben zwei Instrumente, die in der Pandemie wirklich gut geholfen haben. Das ist zum einen die Kurzarbeit und zum anderen die Möglichkeit des Sozialen Arbeitsmarktes, sprich: § 16i, § 16e SGB II, im Kontext der Langzeitarbeitslosigkeit.

Ich möchte noch ein Schlaglicht auf die Kurzarbeit werfen. Auffällig im Kontext der Kurzarbeit ist, dass der durchschnittliche Arbeitsausfall 49,2 % betragen hat. Mitnichten hatten alle Arbeitnehmer, die verkürzt gearbeitet haben, einen 100%igen Arbeitsausfall. Das erklärt an vielen Stellen, warum sich das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen nicht so massiv vermindert hat, wie man es normalerweise hätte vermuten sollen.

Beispielsweise lag der Anteil der Personen mit einem Arbeitsausfall zwischen 76 und 100 % nur bei 19,1 %. 20 % hatten einen Arbeitsausfall von bis zu 25 % der Nettoarbeitszeit. Die Kurzarbeit wirkt sich stabilisierend aus. Sie ist aber auch nicht in der Weise in Anspruch genommen worden, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu 100 % in der Kurzarbeit gewesen sind.

Wir erkennen natürlich den Anstieg in der Langzeitarbeitslosigkeit. Die gute Nachricht insofern ist: Das weitere Instrument, das pandemiebedingt keinen Einbruch in der Teilnehmerzahl hatte, ist die Teilhabe am Arbeitsmarkt. § 16i SGB II eröffnet besonders lange von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen die Möglichkeit, wieder in eine Beschäftigung zu kommen.

Dies hilft uns nicht bei den Menschen, die jetzt neu in die Langzeitarbeitslosigkeit hineingekommen sind. Da greift das, was ich eben sagte: Sowohl im Rechtskreis des SGB III, in den Arbeitsagenturen, als auch in den Jobcentern werden wir verstärkt das Thema der Qualifizierung nutzen, um Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Noch ein kurzer Blick auf die Personenkreise, die besonders betroffen sind und bei denen das Hilfesystem nur mit vielen Mühen funktioniert hat: Das sind die kleinen Selbstständigen, die Künstlerinnen und Künstler, die Solo-Selbstständigen, die in einem geringen Maß – im April letzten Jahres sind es rund 8.000 gewesen – die Leistungen der Jobcenter in Anspruch genommen haben. Das ist dann an unterschiedlichen Stellen, wie eben ausgeführt wurde, korrigiert worden, was die finanzielle Unterstützung angeht. Das ist ein Systemthema. Es passte nicht, dass man auch unter

erleichterten Bedingungen Arbeitslosengeld II beziehen kann. Insofern ist es wichtig gewesen, aber es hat nicht die Wirkung entfalten können, die man sich auf politischer Seite vorgestellt hatte.

Wir erkennen aktuell einen stabilen Zugang an Arbeitsstellen. Das ist wieder eine gute Nachricht.

Zum Thema „Ausbildungsmarkt“: Es fehlen Bewerberinnen und Bewerber. 2021 waren es rund 107.000. In den Jahren davor hatten wir rund 115.000, bzw. 2018/2019 suchten rund 128.000 Jugendliche eine Ausbildung. Es ist uns allen nicht gelungen, Jugendliche auf das Thema der Ausbildung anzusprechen und sie dafür zu begeistern. Das ist in vielen Facetten auch auf den Lockdown zurückzuführen. Das sehen wir an verschiedenen Stellen, auch in den Stellungnahmen ist es erwähnt. Vieles geht virtuell, aber eine persönliche Ansprache im Beratungskontext in der Schule hat einfach die größte Wirkung.

Ich freue mich dennoch, dass uns die Unternehmen rund 106.781 Ausbildungsstellen gemeldet haben. Sehr wohl ist das ein leichter Rückgang. Es ist insofern ein Verhältnis von eins zu eins mit einer großen regionalen Spreizung im Ausbildungsmarkt. Vielleicht kommen wir gleich noch etwas konkreter dazu.

Helmut Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): Ich bedanke mich, dass wir eingeladen worden sind und unsere Meinung zu dem Thema sagen können. – Wir kommen aus der Veranstaltungsbranche. Vor der Pandemie hatte unser Unternehmen etwas mehr als 800 Mitarbeiter, im letzten Sommer waren es 750.

Zum einen hat das Kurzarbeitergeld sehr geholfen, die Arbeitnehmer zu halten. Es wurde für ungefähr 50 % der Zeit in Anspruch genommen. Zum anderen hat geholfen, dass die Unternehmen durch spezielle Hilfen gestützt wurden.

Wir sind ein Familienunternehmen, das auf der einen Seite im Produktionsbereich tätig ist. Das heißt, wir haben eine Food Manufaktur mit eigener Metzgerei und allem, was dazugehört. Wir machen jede Art von Veranstaltungen, von kleinen bis hin zu riesengroßen Messen, Betriebsfeiern.

Die gesamte Gastronomiebranche, die Messerbranche krankt sehr. Man sieht es im Moment wieder: In der letzten Woche bis heute haben wir allein für den Dezember einen Umsatzverlust von ungefähr 1 Million Euro verzeichnet. Wir alle hoffen, dass die Mittel in den Monaten Januar, Februar, März wieder zur Verfügung gestellt werden, da wir in dieser Zeit kaum Umsatz machen. Messen sind abgesagt worden, Großveranstaltungen sind abgesagt worden bzw. in den Mai, in die Sommermonate verschoben worden.

Wir möchten unsere Arbeitnehmer auf jeden Fall halten; es gibt auch gar keine neuen. Die durchschnittliche Verweildauer unserer Fachkräfte im Unternehmen beträgt 14,6 Jahre. Das ist sehr lange.

Viele unserer Zulieferer hat es leider getroffen, es gibt sie nicht mehr. Auch viele Kollegen, mit denen wir gesprochen haben, berichten, dass es sie hart getroffen hat, vielleicht härter als uns. Vor der Pandemie hatten wir begonnen, auf 13.000 m² ein neues

Gebäude, eine neue Produktionsstätte zu bauen. Mittlerweile sind wir eingezogen und konnten den Sommer schon sehr gut nutzen, um wieder nach vorne zu kommen. – Mein Sohn Dennis wird weiter ausführen.

Dennis Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): Auch von meiner Seite herzlichen Dank dafür, dass wir hier sein dürfen. – Ich finde es sehr schön, dass wir einmal darlegen können, wie sich die Pandemie aus unserer Sicht darstellt und wie das tägliche Leben damit funktioniert. Ich hoffe, es ist nicht ganz so schlimm, wenn ich die Zeit vielleicht ein bisschen überziehe; denn aus unserer Sicht gibt es unglaublich viel zu erzählen.

Als Erstes muss man sagen, dass die gesamte Branche – Gastronomie, Veranstaltungen etc. pp. – leider ein bisschen vom Aussterben bedroht ist. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. Unsere Branche bringt sehr viel Kultur, sehr viel Leben in unsere Gesellschaft. Leider ist es unglaublich schwierig, die Vielfalt zu halten und einen Restart zu organisieren, mit dem wir annähernd das Niveau von 2019 erreichen. Da spreche ich global für uns und für viele andere Kollegen. Es wird Jahre dauern, bis wir die Umsatzzahlen wieder generieren können.

Das hat nichts damit zu tun, dass die Anfragen nicht da sind. Wenn wir arbeiten dürften, wären die Bücher – das haben wir im Sommer gesehen – raketenschnell voll. Jetzt war das auch wieder der Fall. Das wäre super gewesen. Ein Problem ist, dass all die Aufträge nicht abzuarbeiten sind, weil unglaublich viel Personal fehlt.

Ein anderes Problem ist aktuell – mein Vater hat es gerade gesagt – eine weitere unglaubliche Stornowelle, mittlerweile die dritte oder vierte. Innerhalb von zwei Wochen wird einem wieder der Boden unter den Füßen weggezogen. Das zehrt unglaublich an den Arbeitnehmern, aber auch an den Arbeitgebern und ist psychisch sehr schwierig auszuhalten.

Wenn man die gesamte Pandemie betrachtet: Am Anfang, die ersten drei, vier Monate, sind wir außen vor gelassen worden, was eine Unterstützung angeht. Das Einzige, was wir bekommen haben, war ein Kühlschranks voller Bemitleidungen, Applaus und Danksagungen – das dafür, dass wir nicht arbeiten durften. Dann kamen die ersten Hilfen, die leider für Großunternehmen ein Tropfen auf den heißen Stein waren. Ende letzten Jahres und in diesem Jahr haben sich die Hilfen so eingependelt, dass sie inzwischen tatsächlich vernünftig wirken.

Das hat die großen Betriebe viel Eigenkapital gekostet und auch – das muss man ganz klar sagen, darauf gehe ich gleich noch mal ein – unglaublich viele Mitarbeiter.

Man darf eines nicht vergessen – damit komme ich zur Kurzarbeit, zu den Mitarbeitern und Fachkräften –: Unsere Branche leidet bekanntermaßen unter einem unglaublichen Fachkraftmangel. Unser Unternehmen und unsere Festangestellten haben in der Pandemie zum Glück nicht so sehr darunter gelitten, aber ich weiß von ganz vielen Kollegen, dass sie sehr darunter leiden, dass sie unglaublich viel Personal verloren haben. Das Personal kommt auch nicht mehr in die Branche zurück. Die Leute sind in andere Bereiche abgewandert, weil sie das Auf und Ab finanziell nicht verkraften können. Das halten sie nicht durch.

Denn es sieht so aus: Ein Mitarbeiter, der in Kurzarbeit gegangen ist, bekommt erst einmal 60 % seines Gehalts. In den ersten Monaten konnte er vielleicht noch von seinem Ersparten leben. Man sollte wissen, dass in der Gastronomie keine Supergehälter gezahlt werden, sondern es sind häufig kleine Gehälter. Das heißt, in der ersten Zeit haben die Leute von ihren Ersparnissen gelebt, falls sie welche hatten. Wer keine hatte, ist direkt ausgestiegen. Die Mitarbeiter, die den finanziellen Background hatten, konnten ein paar Monate überbrücken und kamen dann in die Kurzarbeitssteigerung, was sicherlich in Ordnung ist.

Man muss wissen, dass die Leute in der Gastronomie auch von Überstunden, von Zuschlägen, von den Saisonspitzen, von Trinkgeldern leben. Das heißt, wenn sie jetzt wieder – das ist ein Appell und eine dringliche Bitte – auf 60 % fallen sollten – die Gesetzgebung sieht so aus, wenn ich richtig informiert bin –, dann könnten sie nicht mehr durchhalten. Die Leute können nicht wieder bei 60 % anfangen, um sie dann auf 80, 87 % aufzubauen. Es ist zwingend notwendig, dass sie direkt bei 80, 87 % anfangen oder vielleicht sogar noch ein bisschen mehr bekommen, zumindest in unserer speziellen Sparte. Den Leuten fehlen nicht 40 %, wenn sie von 100 % auf 60 % fallen, sondern ihnen fehlen tatsächlich wahrscheinlich 60 oder 70 %.

Dazu muss man sagen, dass die momentane Inflation gerade in den Bereichen, die zum Leben notwendig sind – Energie, Lebensmittel, Benzin, damit die Leute zur Arbeit kommen –, wahrscheinlich nicht bei 4 oder 5 % liegt, sondern eher bei 8, 9 oder 10 %. Das heißt, es wird schwierig, wenn man 60 % weniger Geld in der Tasche hat, aber definitiv 10 % mehr Ausgaben. Das können die Leute nicht durchhalten. Entweder sie gehen in die Insolvenz, oder sie gehen leider in andere Bereiche. Die sehen wir in der Gastronomie nie wieder.

Jeder von Ihnen wird erlebt haben, dass Gastronomiebetriebe punktuell geschlossen waren. Entweder sie haben gar nicht mehr geöffnet oder nur begrenzt am Wochenende, vielleicht auch nicht mehr mittags, sondern nur noch abends, weil sie einfach kein Personal hatten. Die Möglichkeit, Umsätze und Gewinne zu generieren, auch viel Geld zu versteuern, ist da, das Problem ist der Fachkraftmangel, der nicht so schnell zu beheben ist.

Deswegen die Bitte, dass man sich für die Mitarbeiter etwas einfallen lässt. Ein weiterer größerer Abgang macht einen Restart noch viel schwerer. Wir haben es im letzten Sommer, vor drei, vier Monaten, schon gesehen. Der aufgetretene Mangel ist sehr schwer aufzuholen.

Die Mitarbeiter und die Unternehmen haben im Endeffekt dasselbe Problem, und zwar die steigenden Kosten. Wir haben jetzt schon einen Anstieg von 10 % bei den Lohnkosten, bei der Ware von 10 bis 15 %, und im Energiebereich sieht es nicht anders aus. Es ist notwendig, dass die Hilfen verlängert werden, weil die Bücher komplett leer sind. Seit zwei Wochen hat sich die Auftragslage extrem verschlechtert. Das heißt, die Hilfen werden definitiv bis zum Sommer benötigt.

Wir konnten bis jetzt noch relativ viele Dinge abfedern, indem die Branche zum Beispiel die Preise leicht erhöht hat. Auch dass die Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 19 auf 7 % reduziert worden ist – aufgrund der Coronalage gilt dies nun bis zum

31.12.2022 –, hat im Endeffekt geholfen, dass die Preise nicht extrem gestiegen sind. Das Problem ist: Wenn im Jahr 2022 der neue Mindestlohn kommt – der kommen muss, der gerade für unsere Branche und unsere Mitarbeiter zwingend notwendig ist; das hat nichts mit der aktuellen Lage zu tun –, werden die Verkaufspreise noch einmal steigen. Die Waren werden wahrscheinlich noch teurer. Auch die Energiekosten gehen nach oben.

Wenn am Ende des nächsten Jahres bzw. am 01.01.2023 die Mehrwertsteuer wieder von 7 auf 19 % gesetzt wird, dann werden wir in der Gastronomie eine Preiserhöhung von 20 bis 30 % durchführen müssen. Es kann jedoch nicht sein, dass eine Geburtstagsfeier, eine Hochzeitsfeier oder das Essengehen mit der Familie zum Luxusgut wird.

Wir bitten darum, darüber nachzudenken, die Mehrwertsteuer für Dienstleistungen, für die gastronomische Branche dauerhaft bei 7 % zu belassen. Die drastischen Preiserhöhungen sind kontraproduktiv und werden nicht funktionieren. Dann sterben noch mehr Betriebe, weil die Nachfrage logischerweise sinkt, weil das Ganze zum Luxusgut geworden ist.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Vielen Dank für alle Statements. – Ich werde nun Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und bitte die Sachverständigen, anschließend insgesamt auf diese Fragen zu antworten.

Angela Lück (SPD): An unsere Experten ein herzliches Dankeschön seitens der SPD-Fraktion dafür, dass Sie Stellungnahmen abgegeben haben und uns heute zur Verfügung stehen.

Meine ersten Fragen richten sich an Herrn Dr. Stettes, Herrn Dr. Bauer und Herrn Withake. Sie haben eben von Herrn Stolzenhoff vernommen, dass sich viele Leute in dieser Zeit verschulden müssen. Dazu spreche ich auch noch Herrn Professor Schmidt an. Sie haben gerade gesagt – anders als in Ihrer schriftlichen Stellungnahme –, dass die Verschuldung allgemein gestiegen ist. In anderen Stellungnahmen ist das ein bisschen widersprüchlich. Wo gibt es genaue Zahlen? Worauf fußt Ihre Stellungnahme? Was ist der Grund dafür gewesen? Welche Präventionsmaßnahmen muss man etablieren, damit Überschuldung verhindert werden kann?

Zum Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“: Einige von Ihnen haben das Thema angeschnitten und auf die Problematik hingewiesen. Was kann man zusätzlich tun, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, insbesondere die Menschen, die vor der Pandemie schon arbeitslos waren? Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach notwendig?

Das Thema „Ausbildung“ ist mir noch wichtig. Die Situation in den Kreisen in Nordrhein-Westfalen ist unterschiedlich. In manchen gibt es ausreichend Ausbildungsstellen, in anderen gibt es ausreichend Auszubildende, aber wir haben kein gutes flächendeckendes Netz. Was muss Ihrer Meinung nach geschehen, um die berufliche Ausbildung zu stärken und attraktiver zu machen, sodass sich mehr junge Menschen für eine

duale Ausbildung entscheiden? Denn hier geht es um die Berufe, in denen uns massiv Fachkräfte fehlen.

Meine nächsten Fragen richten sich an die Herren Stolzenhoff. Wie läuft die Kommunikation zwischen Ihnen als Unternehmen und den Behörden? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, als es um Änderungen der Coronaschutzverordnung ging, um Auswirkungen auf Ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um Hygiene- und Schutzmaßnahmen? Wie sah das bei anderen Unternehmen in Ihrer Branche aus? Haben Sie darüber auch Kenntnisse?

Dann haben Sie selber darauf hingewiesen, dass Veranstaltungen jetzt wieder zunehmend abgesagt werden. Wie könnte die Politik darauf antworten? Die pandemische Lage ist zurzeit, wie wir alle wissen, wirklich schwierig, die Zahlen sind extrem hoch. Darauf muss man reagieren. Wie stellen Sie sich vor, wie das für Ihr Unternehmen möglichst schonend passieren sollte? Haben Sie diesbezüglich Ideen?

Anke Fuchs-Dreisbach (CDU): Auch die CDU-Fraktion bedankt sich ganz herzlich für die Stellungnahmen der Sachverständigen, die sehr ausführlich waren. Alle Fragen wurden im Rahmen Ihrer Schwerpunkte und Arbeitsbereiche sehr sorgfältig und hinreichend beantwortet.

Herr Professor Dr. Schmidt, Sie haben eben die Materialverknappung angesprochen. Ich bitte Sie, noch einmal auf die Ursache der Materialverknappung im Zusammenhang mit der Coronapandemie einzugehen.

Sie haben auch die Insolvenzwelle angesprochen, die dank der geleisteten Hilfen nicht eingetreten ist. Ist denn nach dem Ende der Coronapandemie eine Insolvenzwelle zu erwarten? Einige Unternehmen – das haben Sie in Ihrer Stellungnahme angegeben – konnten gerettet werden, die vielleicht sonst nicht mehr da wären. Tritt im Insolvenzgeschehen dann wieder eine gewisse Normalität ein?

Herr Dr. Stettes und Herr Withake, sind die bisherigen Berufsberatungsstrukturen ausreichend, oder müsste man noch Programme auflegen, um vor allen Dingen den Jugendlichen zu helfen, in den Arbeitsmarkt zu kommen, vielleicht im Speziellen als Hilfe zur Beseitigung des Fachkräftemangels?

Dr. Martin Vincenz (AfD): Auch ich darf mich zunächst für die eingegangenen Stellungnahmen und jetzt für die Statements bedanken, vor allen Dingen für die Möglichkeit der persönlichen Rückfrage.

Herr Dr. Bauer, wir sehen, dass viele Effekte bei uns, anders als man es beispielsweise in den USA beobachten kann, ein bisschen kleiner ausfallen, weil hier – bei aller Kritik, die wir sonst gerne an Maßnahmen üben – die Gegenmaßnahmen des Staates doch an vielen Stellen zu greifen scheinen.

Eine Beobachtung aus den USA ist, dass viele Bedürfnisse der Menschen nicht weg sind, aber dann an anderer Stelle ausgelebt werden. Das heißt, es gab Verlierer der Krise, und es gab Gewinner der Krise. Kleine Unternehmen in den USA haben aufgrund ihrer Kapitalsituation vielleicht nicht den langen Atem gehabt. Jetzt wollen die

Menschen wieder Kaffee trinken gehen, in der Zwischenzeit gibt es aber die kleine Cafeteria nicht mehr, sondern nur noch die großen Ketten.

Kann man ähnliche Effekte auch in Deutschland beobachten, dass sich die Bedürfnisse im Prinzip verlagert haben? Sie haben das ganz gut dargestellt. Die Beschäftigungszahlen sind in vielen Bereichen nicht so dramatisch eingebrochen. Geht man jetzt vielleicht einer anderen Art von Beschäftigung nach? Ist man von einer kleineren zu einer größeren Firma gewechselt, wie auch immer? Gibt es Dinge, die man analog zu den USA hier ähnlich beobachten kann?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Dr. Stettes zu den Insolvenzen. Die Anzeigepflicht ist lange Zeit ausgesetzt gewesen. Kredite sind aktuell noch recht günstig auf den Märkten zu bekommen. Inwieweit – die Populärpresse hat den Begriff „Zombiefirmen“ geprägt – gibt es Befürchtungen, dass sich auch eine nicht unerhebliche Zahl an deutschen Firmen aktuell aufgrund der staatlichen Maßnahmen, aber auch aufgrund der Kreditsituation eher ungesund kapitalisieren?

Meine letzte Frage geht an die Herren Stolzenhoff: Gerade ist über den Äther gegangen, dass auch in NRW 2G im Freizeitbereich eingeführt wird. Wie wird sich eine solche Regelung auf Sie und Ihre Branche auswirken?

Jörn Freynick (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion darf ich mich bei den Sachverständigen ganz herzlich bedanken, dass Sie heute hier sind und uns Rede und Antwort stehen.

Herr Dr. Bauer, inwieweit kann man die vorliegenden Daten branchenbezogen, was die Arbeitslosigkeit und auch die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt angeht, unterscheiden? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das noch etwas differenzieren könnten. Im Bereich der Digitalwirtschaft sind mir beispielsweise Unternehmen bekannt, die mir momentan ganz andere Dinge schildern, was ich auch nachvollziehen kann. Können Sie mir einen Überblick geben?

Herr Dr. Stettes, Sie haben in Ihrer Stellungnahme Reformen am Arbeitsmarkt angesprochen, haben aber in Ihrem Statement jetzt nichts dazu gesagt. Können Sie das noch etwas weiter ausführen? Welche Reformen schweben Ihnen da vor? In welche Richtung sollte es gehen? Welchen Arbeitsauftrag sollte die Politik hier mitnehmen?

Eine letzte Frage an die beiden Stolzenhoffs, wenn ich das so formulieren darf: Mich würde interessieren, wie die Zusammenarbeit mit den Behörden funktioniert hat, wie Ihnen vor allen Dingen geholfen worden ist. Inwieweit sehen Sie das bisher als unternehmerfreundlich an, bzw. inwieweit besteht vielleicht noch Verbesserungsbedarf? Welche Maßnahmen im Bereich der Coronapandemiebekämpfung sind aus Ihrer Sicht effektiv und welche ineffektiv? Welche Maßnahmen helfen Ihnen nicht, die Sie aber gleichzeitig auferlegt bekommen haben, die Ihnen als Unternehmer das Leben schwer gemacht haben?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Auch ich danke den Sachverständigen für die Vorträge und die schriftlichen Antworten. – Wir haben jetzt eine neue Lage; es ist eben schon angeklungen. Der Ministerpräsident hat heute – Gott sei Dank, nach langem

Zögern – immerhin mitgeteilt, dass es in eine neue Phase gehen soll, dass 2G und 2G plus als wesentliche Voraussetzungen für Aktivitäten im Freizeitbereich gelten sollen. Auf Bundesebene wird über Homeoffice und verschiedene andere Dinge diskutiert und in dieser Woche – nach allem, was ich vermute – auch beschlossen oder als Klammer für das weitere Verfahren in der Coronapandemie angewandt.

Zumindest zwei Aspekte, die im Bereich der Wirtschaft eine große Rolle spielen, nämlich Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten und die Frage, wie man das Ganze kontrollieren und administrieren kann, werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dazu habe ich bisher – danach hatten wir auch nicht gefragt, deswegen konnten Sie es nicht beantworten – nichts gehört.

Herr Withake, aber auch Herr Dr. Bauer und Herr Professor Schmidt, inwieweit haben Sie Erkenntnisse, wie man so etwas praktisch angehen kann? Welche Empfehlungen zum Umgang würden Sie abgeben? Lamentieren hilft ja nichts, es ist jetzt Gesetzeslage. Wir haben auch eine gewisse Erfahrung damit. Was würden Sie empfehlen?

Meine zweite Frage an Sie: Zumindest im letzten Jahr wurde nach meiner Wahrnehmung gerade im Bereich der Veranstaltungsbranche und der Gastronomie das Hin und her bemängelt, also nicht, dass es Schutzmaßnahmen gibt, sondern dass sie sich immer wieder geändert haben. Was wollen Sie der Politik dringend mit auf den Weg geben, wenn wir jetzt 2G plus oder 2G einführen? Wie ist das zu administrieren, wie zu kontrollieren? Welche Hilfestellung erwarten Sie da?

Ich habe immer die 3G-Regelung aus dem letzten Jahr vor Augen, als man mit Papierbergen unterwegs war und damit im Prinzip nicht klarkam. Können Sie uns dazu etwas sagen? Sollte es da eine Unterstützung seitens der Politik geben? – Diese Frage geht an Herrn Stolzenhoff und Herrn Dr. Bauer.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank für die Fragen. – Alle Sachverständigen sind angesprochen worden, sodass ich vorschlage, dass wir bei der Beantwortung wieder in der Reihenfolge des Tableaus vorgehen.

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW): Zunächst möchte ich auf die Frage nach Einkommen und Schulden eingehen; das ist in einer Einlassung gerade sehr plastisch geworden. Wir haben generell den Sachverhalt, dass die größeren Einkommenseinbußen, die ja da waren, durch das Steuer- und Transfersystem, durch die Sonderzahlungen sehr stark ausgeglichen worden sind. Wir haben auch den Sachverhalt, dass die relative Kategorie der Einkommensungleichheit nicht gewachsen ist. Das liegt daran – es ist eine relative Kategorie –, dass auch die Selbstständigen, die häufig zu den oberen Einkommensklassen gehören, starke Einbußen verzeichnen. Das ist das generelle Bild.

Dieses Bild muss man durch genau das irritieren, was Sie erzählt haben: Es gibt bestimmte Personengruppen, bei denen sich dennoch Differenzen zeigen. Das sind beispielsweise die Geringverdiener, die nur schwer Rücklagen bilden können, bei denen Einkommensbestandteile wegfallen. Dieses Bild darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn man sich die Durchschnittswerte ansieht. Dabei sind Geringverdiener zu

betrachten, dabei sind Solo-Selbstständige zu betrachten, insbesondere weibliche Solo-Selbstständige und geringfügig Beschäftigte. Dabei ist zu betrachten, dass es insgesamt – das habe ich in dem Gutachten dargestellt – einen Rückgang des Arbeitsvolumens gab. Man muss sich beide Perspektiven anschauen. Die eine Perspektive wird nicht dadurch falsch, dass die andere dennoch zu betrachten ist.

Zur Frage der Langzeitarbeitslosigkeit: Herr Withake hat bereits § 16i angesprochen. Ich würde auch sagen, das ist ein sehr wichtiges Instrument, um diejenigen, die schon sehr lange in der Langzeitarbeitslosigkeit gefangen sind, perspektivisch da herauszubringen. Hier ist insbesondere die Institution des Coachings von großer Bedeutung.

Man muss auch hervorheben, dass sich unter den lange Langzeitarbeitslosen, unter denen, die man als abgehängt bezeichnen kann, noch ein großer Anteil von Personen unter 40 Jahren befindet, die keine Berufsausbildung haben. Da muss der erste Gedanke natürlich sein: Wie schafft man es, diese Personen zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu bringen?

Es gab in NRW einige spannende Modellprojekte, die ich zufällig evaluiert habe. Es ging darum, eine modularisierte Fortbildung zu einem Ausbildungsabschluss mit Unterstützung durch Coaching usw. zu machen. Ich würde an derartige Maßnahmen denken und nicht die gesamte Gruppe der Langzeitarbeitslosen wie einen homogenen Block betrachten, sondern insbesondere Junge ohne Berufsausbildung herauspicken, bei denen tatsächlich noch qualifikatorische Maßnahmen, vielleicht Sondermaßnahmen möglich sind.

Das gilt mit Sicherheit auch für Leute, die kurzfristig in die Langzeitarbeitslosigkeit geraten sind. Hierzu gibt es einige Vorschläge aus unserem Institut. Man muss sozusagen unmittelbar ansetzen, um einen „Beschäftigungsboom“ zu schaffen, dass es erst gar nicht zu weiteren Verhärtungen kommt. Denn wir wissen: Die Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit selbst ist ein Faktor, der dafür sorgt, dass die Wahrscheinlichkeit, da wieder herauszukommen, sinkt.

Was die Problematik von Strukturveränderungen der Unternehmen anbetrifft, ist das Einzige, was ich für Deutschland weiß, dass der auch von Ihnen angesprochene entstehende Personalmangel – dadurch, dass Leute keine Beschäftigungschancen hatten – den Unternehmen Schwierigkeiten bereitet, ihre Dienstleistungen zu stabilisieren. Dadurch kann es auch zum Strukturwandel kommen.

Das Stichwort „Strukturwandel“ treibt einen natürlich sofort zur Digitalisierung. Ich finde, es ist sehr wichtig zu sehen, dass man davon ausgehen muss, dass die Coronakrise zu einer Akzeleration der ohnehin schon im Fluss befindlichen Digitalisierung geführt hat. Aber diese Beschleunigung findet unter den Bedingungen einer erzwungenen Flexibilisierung statt – aufseiten der Betriebe und aufseiten der Beschäftigten. Diese erzwungene Flexibilisierung darf jetzt nicht als Blaupause für gelingende Prozesse gelten, sondern sie findet unter Sonderbedingungen statt. Es sind auch pragmatische Lösungen.

Wir haben in Untersuchungen gezeigt, dass es bei den Arbeitszeiten zu abweichenden Lagen kommt, dass es zu gesundheitsschädlichen Verkürzungen von Ruhezeiten usw. kommt. Auf Dauer entsteht hier schon Regulierungsbedarf, aber in der Zwangslage

gibt es Ausweichreaktionen, die das ermöglichen. – Das ist der eine Aspekt, den ich wichtig finde.

Der andere Aspekt ist, dass sich die Verdrängungseffekte, was wiederum Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung angeht, durch weitere beschleunigte Digitalisierungsschübe ihrerseits beschleunigen. Wir wissen seit Langem, dass die Substituierbarkeitseffekte durch die digitalen Technologien insbesondere Personen ohne Berufsabschluss und mit einfachen Abschlüssen treffen. Wenn sich das weiter akzeleriert, zusammen mit dem demografischen Wandel, bekommen wir die Probleme, über die wir unter dem Stichwort „Fachkräfteengpass“ diskutieren.

Prof. Dr. Torsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Zur Verschuldung der Haushalte kann ich mich den Ausführungen von Herrn Bauer anschließen. Schauen Sie sich aggregierte Zahlen, gesamtwirtschaftliche Zahlen an, dann werden Sie feststellen, dass die Verschuldung des privaten Sektors, der privaten Haushalte nicht sehr stark angestiegen ist.

Wenn Sie sich aber zum Beispiel die Umfrage von Creditreform – die hatte ich als Quelle angeführt – vom Sommer ansehen, dann stellen Sie fest: Ein Drittel der Haushalte gibt an – das ist eine Hochrechnung, eine Stichprobe, die vielleicht nicht repräsentativ ist, aber doch zeigt, dass es diesen Bereich in der Bevölkerung gibt –, dass sie befürchten, in den nächsten zwölf Monaten eine Rechnung nicht bezahlen zu können. Das zeigt schon, dass die Verschuldung angestiegen ist, dass das Einkommen knapper geworden ist. Ich würde auch sagen, es ist eine Größenordnung, die ernst zu nehmen ist. Wenn Sie diese Haushalte aber mit den anderen Haushalten zusammennehmen, dann verschwindet das Ganze. Ich glaube, die Gruppe ist groß genug, dass Sie darauf achten sollten. Deswegen habe ich das besonders herausgehoben. In der Studie ist es dann etwas mehr aufgeschlüsselt.

Zu den Ursachen der Materialverknappung: Ganz grob beschrieben geht diese tatsächlich auf eine Verschiebung der Nachfrage zurück. Das sieht man in der amtlichen Statistik sehr deutlich. Die Leute konnten in der heißen Coronaphase keine Dienstleistungen nachfragen, sie konnten nicht in Urlaub fahren, nicht ins Konzert gehen oder ähnliche Dinge machen. Das haben sie zurückgefahren und dafür mehr Güter gekauft. Das ist ein bisschen anekdotisch, aber es steckt schon etwas dahinter. Sie sind in den Baumarkt gegangen und haben ihre Wohnungen renoviert, haben Möbel gekauft. Sie haben offensichtlich Fahrräder gekauft, weil sie den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen wollten. Da ist die Nachfrage extrem angestiegen.

In den USA zum Beispiel hat man verstärkt Häuser gebaut. Man hat Holz nachgefragt. Das ist aus Deutschland in die USA exportiert worden, was es früher nie gegeben hat. Dann ist das Bauholz hier knapp geworden. Das sind Verschiebungen in der Nachfrage, die direkt auf den Lockdown zurückzuführen sind, auf die Einschränkungen, die mit den Infektionsschutzmaßnahmen zu tun haben. Wir erwarten schon, wenn das mal durchgestanden ist, wenn wieder Dienstleistungen nachgefragt werden können, dass sich das zu einem großen Teil zurückverlagern wird. – Das ist der erste Teil der Geschichte.

Angesichts der Nachfrageverschiebungen hat aber auch die Angebotsseite reagiert. Das ist der zweite Teil der Geschichte. Die Produktion wurde reduziert, bzw. Vorprodukte wurden nicht nachbestellt; ich nenne hier die Halbleiter für den Automobilbereich. Die Unternehmen dachten, sie würden auch in den nächsten Monaten weniger Autos verkaufen. Deswegen hat man sich auf eine geringere Produktion eingestellt und die Vorprodukte nicht in dem üblichen Maß nachbestellt. Als die Nachfrage dann wieder ansprang, fehlten die Vorprodukte.

Genauso sind Hochöfen heruntergefahren worden, weil man dachte, man würde den Stahl nicht los. Als die Nachfrage ansprang, konnte man nicht schnell genug produzieren. Es dauert ja eine Zeit – ich glaube, einige Monate –, bis man einen Hochofen wieder hochgefahren hat. Auch das wird sich wieder herauswachsen.

Bei der Automobilindustrie kommt die Elektromobilität dazu, eine verstärkte Nachfrage nach Halbleitern. Das hat aber nichts mit Corona zu tun, das würde ich davon trennen. Diese Verknappung könnte also noch länger bestehen. Alles, was mit kurzfristigen Nachfrageverlagerungen zu tun hat, dürfte im nächsten Frühjahr wieder deutlich nachlassen.

Zur Insolvenzwelle: Das ist tatsächlich überraschend. Wenn Sie sich unsere Prognosen ansehen, auch die von den Kollegen, die Einschätzung der Bundesbank im Finanzstabilitätsbericht des letzten Jahres, dann finden Sie überall die Wellen und Vergleiche mit der Finanzkrise. Es hieß, im Zuge der Coronakrise würden wir mindestens so viele Insolvenzen bekommen. Die Insolvenzzahlen sind im Laufe des letzten Jahres immer weiter gesunken. Jetzt gibt es einen leichten Anstieg, aber nicht in einem Maße, dass man erwarten könnte, dass noch viel in der Pipeline ist.

Die Aussetzung der Anmeldepflicht ist im April mindestens teilweise zurückgenommen worden. Auch da ist eigentlich nichts passiert, sodass wir inzwischen davon ausgehen, dass eine Normalisierung eintreten wird. Die Zahlen werden im nächsten Jahr wieder ansteigen, aber es wird kein Nachholen geben. Es wird keine Welle geben, die über das übliche Maß hinausgeht. Das ist, vorsichtig gesagt, unsere aktuelle Erwartung für das Insolvenzgeschehen.

Dr. Oliver Stettes (Institut der deutschen Wirtschaft): Ich kombiniere die Frage nach den Zahlen zur Verschuldung von Frau Lück mit der Frage zur Insolvenzwelle von Herrn Vincentz. Unsere Stellungnahme basiert auch insbesondere auf den Zahlen von Creditreform. Das war zum Zeitpunkt der Erstellung noch der SchuldnerAtlas 2020. Jetzt ist der neue herausgekommen. Der hilft Ihnen aber wahrscheinlich bei dem Auflösen des Puzzles, das Sie uns aufgegeben haben, auch nicht weiter, weil er die Daten im Grunde genommen bestätigt. Die Zahl der überschuldeten Personen und Haushalte ist noch einmal gesunken. Wir müssen die Lage unter Umständen differenzierter betrachten, aber im Aggregat sieht es noch so aus. Vielleicht müssen wir abwarten, bis uns genauere Zahlen auf Haushalts- und Personenebene aus anderen Befragungen vorliegen, damit wir mehr Einblicke in das haben, was während der Coronazeit passiert ist.

Es gab natürlich im Laufe des vergangenen Sommers und auch dieses Jahres eine ganze Reihe von Ad-hoc-Befragungen. Aber das sind relativ kleine Stichproben. Man muss abwarten, wie valide die am Ende des Tages sind. Ich bitte um Verständnis, dass wir keine genaueren Aussagen treffen können. Da müssen wir einfach abwarten.

Verschuldung, Haushaltsüberschuldung und auch Armut werden häufig im Haushaltskontext betrachtet. Sie wissen zum Beispiel nicht, wenn ein Haushaltsmitglied einen Einkommensausfall aufgrund von Kurzarbeit hat oder weil die selbstständige Tätigkeit keine Einnahmen mehr generiert, welche Einnahmen dem Haushalt sonst noch zur Verfügung stehen. Alles das muss man in dem Sinne erst abwarten.

Stichwort „Instrumente zur Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen“: Herr Withake hat sehr ausführlich § 16i, § 16e, das Teilhabechancengesetz angesprochen. Das ist noch ein relativ neues Instrument. Es befindet sich auch gerade in der Evaluierung. Der Zwischenevaluierungsbericht ist jüngst erschienen und signalisiert zunächst etwas Positives. Das Instrument erreicht zumindest die Leute, die man erreichen möchte. Das ist schon mal ein gutes Signal.

Er signalisiert aber auch, dass zum Beispiel die Jobcenter sehr unterschiedlich mit den Instrumenten umgehen, je nachdem, ob sie eher den Integrationsgedanken oder den Teilhabegedanken vor Augen haben. Aber es ist noch ein junges Instrument. Man muss einfach abwarten, wie die Evaluierung ausfällt.

Aus unserer Sicht müssen wir neben einem solchen Förderinstrument – auch das Stichwort „Qualifizierung“ wurde eben angesprochen – im Auge behalten, dass sich Entwicklungsperspektiven, Entwicklungschancen für viele dieser Menschen über den Einstieg in Arbeit und die Qualifizierung in Arbeit ergeben. Das ist bei dem Personenkreis, den wir hier betrachten, häufig ein Einstieg in Tätigkeiten, die wir auf dem Helferniveau verorten, bei denen die Gehalts- und Entgeltperspektiven möglicherweise zunächst einmal nicht so sind, wie die Leute sie aufgrund ihrer vergangenen Erwerbsbiografie gewohnt waren. Das Ganze geht einher mit sehr verhaltenen oder sich langsam entwickelnden Möglichkeiten innerhalb der Beschäftigung.

Vielleicht müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, dass viele dieser Menschen auf Dauer in einem Berufssegment oder in einem Arbeitsmarktsegment verweilen werden, weil sich für sie keine anderen Beschäftigungsperspektiven bieten.

An der Stelle komme ich auf einen Punkt, warum es uns so wichtig ist, den Einstieg in Arbeit immer wieder zu betonen. Wir werden es sicherlich erleben – das hat etwas mit dem zu tun, was ich als dritten Punkt in meiner Eingangsstellungnahme angesprochen habe –, dass im Zusammenhang mit den Veränderungen, die wir in den kommenden fünf bis zehn Jahren am Arbeitsmarkt beobachten können, insbesondere im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel, Menschen in einem höheren Alter ihren Arbeitsplatz verlieren. Diese Menschen haben tendenziell und sinnvollerweise arbeitsplatznahe Qualifizierungen durchlaufen, weil sie sich so in der Regel eher Kompetenzen aneignen konnten, als das möglicherweise auf klassischen formalen Qualifizierungswegen der Fall gewesen wäre.

Deshalb ist es für uns wichtig, zu sagen: Der Einstieg in Arbeit darf nicht vergessen werden. Es gibt dann auf beiden Seiten, sowohl aufseiten der Beschäftigten als auch

aufseiten der Unternehmen, das Interesse, aber auch die Verpflichtung, sich darum zu kümmern, dass man sich in einem Beschäftigungsverhältnis weiterentwickelt.

Ich möchte gerne die Fragen von Frau Lück und Frau Fuchs-Dreisbach zum Thema „berufliche Ausbildung“ miteinander verbinden. Ich kann keine Aussagen zu konkreten Instrumenten machen oder welche Beratungsstrukturen und dergleichen erforderlich sind. Dazu fehlt mir die vertiefte Expertise. Wir wissen aber, dass wir im Grunde genommen zwei Phänomene beobachten.

Das eine ist ein länger wirkendes: Die duale Berufsausbildung hat über eine längere Frist an Attraktivität verloren, insbesondere bei den Jugendlichen. Das Ziel, über den Erwerb der Hochschulreife und dann den Einstieg ins Studium in den Beruf einzusteigen, ist für viele offenkundig attraktiver als der Weg über eine duale Berufsausbildung. Das hat viel mit der Unkenntnis über die Möglichkeiten in der dualen Berufsausbildung, auch über die Kombinationsmöglichkeiten aus dualer Berufsausbildung und Hochschulstudium gleichermaßen zu tun.

Das andere ist: Wir beobachten weithin, dass die beliebtesten Ausbildungsberufe sowohl auf Frauen- als auch auf Männerseite zementiert sind. Ich glaube, den meisten Jugendlichen ist gar nicht klar, welche vielfältigen Möglichkeiten es in der dualen Berufsausbildung gibt. Das ist nicht so ausdifferenziert wie an den Hochschulen – ich weiß nicht, wer da noch den Überblick hat; das ist im dualen Berufsausbildungssystem überschaubarer –, aber es ist gleichwohl differenziert mit vielen Entwicklungsmöglichkeiten, und es bietet attraktive Einkommens- und Entwicklungsperspektiven. Daher ist es sinnvoll, die Berufsorientierungsstrukturen zu stärken und zu intensivieren.

Während der Coronazeit haben wir erlebt, dass das quasi nicht stattgefunden hat. Weder Messen noch Schulbesuche waren möglich. Das alles können Sie aber nicht digital durchführen. Herr Stolzenhoff zum Beispiel kann vor Ort voller Enthusiasmus die Möglichkeiten in seinem Unternehmen darstellen. Im digitalen Raum ist das nur sehr schwer möglich. Das muss man jetzt wieder intensivieren. Dann wird sich das Ganze hoffentlich ein bisschen normalisieren.

Was die „Zombiefirmen“ oder die Insolvenzwelle angeht, kann ich es relativ kurz machen und mich Herrn Professor Schmidt anschließen. Auch wir gehen davon aus, dass eher eine Normalisierung stattfinden wird. Im Einzelfall mag es das eine oder andere Unternehmen geben, das ohne die Hilfen nicht überlebt hätte, aber es wird kein Massenphänomen sein.

Herr Freynick hat nach den Arbeitsmarktreformen gefragt. Hier möchte ich den Hinweis geben, dass wir als Einstiegsmöglichkeit gerade für Langzeitarbeitslose, aber auch für Personen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie eher einen Einstieg in Helfertätigkeiten benötigen, auf jeden Fall die Zeitarbeit brauchen. Die hat sich in der Vergangenheit als entsprechende Chance für diesen Personenkreis erwiesen. Wir brauchen aber auch einen Anreiz für Unternehmen, Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Das heißt, wir plädieren sehr stark dafür, an den Möglichkeiten der sachgrundlosen Befristung festzuhalten.

Wir sehen aufgrund einer jüngeren Untersuchung, die wir vergangene Woche veröffentlicht haben, dass Unternehmen gemeinsam mit ihren Beschäftigten ein innovations-

und veränderungsfreundliches Arbeitsumfeld brauchen. Dazu zählt auch, darüber nachzudenken, inwiefern man beispielsweise beim Arbeitszeitgesetz flexibilisieren kann. Ich bin mir bewusst, dass das ein sehr heikles Thema ist, weil das Arbeitszeitgesetz ein Arbeitsschutzgesetz ist. Aber wir haben in der Stellungnahme einen Vorschlag gemacht, wie das unter dem Dach der Sozialpartnerschaft organisiert werden kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Sozialpartner dabei entsprechend verantwortlich agieren würden.

Der letzte Punkt in dem Zusammenhang: Wir kommen nicht umhin, über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu diskutieren. Man kann im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel unterschiedliche Aspekte ansprechen, aber wir werden nicht umhinkommen, uns langfristig mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Unsere Position ist da relativ klar. Das ist sicherlich ein Aspekt, der von allen anderen alternativen Möglichkeiten, die es zur Finanzierung insbesondere des Rentenversicherungssystems gibt, immer noch der eleganteste und vermutlich auch friktionsfreieste ist.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Und ich darf nicht mitdiskutieren.

Torsten Withake (Regionaldirektion NRW der BA [per Telefon zugeschaltet]): Ich hätte mich sehr auf das Mitdiskutieren gefreut.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Kommt Zeit, kommt Mitdiskussion.

Torsten Withake (Regionaldirektion NRW der BA [per Telefon zugeschaltet]): Frau Lück, Sie haben die Verschuldung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angesprochen. Ich glaube, dazu ist schon hinreichend viel geschildert worden. Wir erleben individuelle Schicksale, dass es jemanden ganz besonders trifft. Was in der Pandemie nicht funktioniert hat, das ist die Ansprache über die kommunalen Beratungsstrukturen. Die Schuldnerberatung konnte mit Sicherheit nicht so genutzt werden, wie es in normalen Zeiten möglich gewesen wäre.

Wir haben im Rechtskreis des SGB II beispielsweise eine Regelung, dass man unter erleichterten Bedingungen Arbeitslosengeld II beziehen kann. Man spricht von einem Schonvermögen von rund 60.000 Euro. Wenn ein Künstler, eine Künstlerin eine zweite Eigentumswohnung für die Altersvorsorge vorgesehen hat, wird er oder sie das als nicht gerecht empfinden und das Schonvermögen auch nicht sehr schnell verwerten können.

Vielleicht hat der eine oder andere den wirklich mitreißenden Hilferuf der Friseurmeisterin aus Dortmund mitbekommen, der damals durch das Netz ging, die einfach sagte: Ich blicke nicht mehr durch. Von wo bekomme ich jetzt welche Leistungen? Damit will ich sagen: Ich glaube, man muss sich über die Struktur Einzelsituationen nähern. – Zu allem Weiteren haben die anderen Experten eben gute Aussagen getroffen.

Die Frage der Prävention würde ich insofern mit dem Ansatz der Qualifizierung – gerne in Beschäftigung – beantworten. Es muss aus meiner Sicht gelingen, Menschen in der Transformation mitzunehmen, ob aus der Arbeitslosigkeit oder aus der aktuellen

Beschäftigung heraus. Das Thema des lebenslangen Lernens muss viel stärker ins Bewusstsein gerückt werden, damit wir an der Stelle nicht von „Maßnahmen“ sprechen; ich sage es mal ganz platt. Eine qualifizierte Umschulung, die über Beitragsmittel oder Steuermittel finanziert wird, hat in der Regel den Wert eines Kleinwagens. Wenn wir allein von Stipendien sprechen würden, wäre die Reaktion der Teilnehmenden oftmals eine ganz andere.

Wir müssen aber auch erkennen, dass während des Lockdowns viele Qualifizierungen nicht durchgeführt werden konnten, weil insbesondere die Bildungsträgerstruktur noch nicht auf das neue Lernen so eingestellt war, wie es im Moment der Fall ist. Wir sehen an vielen Stellen noch Potenzial, was tatsächlich gute Qualifizierungsinhalte angeht.

Zur Langzeitarbeitslosigkeit habe ich mir notiert: Wir brauchen noch stärkere Anreize für die berufliche Integration. Herr Dr. Bauer hat das eben angesprochen. Das IAB hat an dieser Stelle verschiedene Vorschläge gemacht. Wir müssen aber auch erkennen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit eher regionale Gründe hat. Die Langzeitarbeitslosigkeit in Gelsenkirchen ist anders zu bewerten als die im Märkischen Kreis. Also braucht es dort auch andere Instrumente. Der Kasten an Instrumenten erscheint aus meiner Sicht ausreichend gefüllt. Jetzt geht es darum, die Partner – in der Regel sind das Arbeitgeber – davon zu überzeugen.

Das Thema „Überzeugung“ leitet mich über zum Thema „Ausbildung“. Ich glaube, wir müssen Ausbildungsbetriebe noch stärker entlasten, weil der Anteil der Unternehmen, die sich für die duale Ausbildung interessieren, auf einem relativ niedrigen Niveau ist, bei rund 20 % liegt. Die anderen bilden einfach nicht aus. Man könnte hier ein bisschen forscher vorgehen und den jungen Leuten auch etwas garantieren.

In der Region südliches Westfalen beispielsweise kommen auf jeden Jugendlichen in der Regel 1,5 bis 1,6 Ausbildungsstellen. Wenn Unternehmen oder Handwerksorganisationen jedem Jugendlichen mit einem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz garantieren, dann kann man sie, glaube ich, für das Thema „Ausbildung“ interessieren, ergänzend zu der verstärkten Berufsorientierung, die gerade schon angesprochen wurde, die während der Pandemie nicht stattfinden können.

Das ist auch die Antwort, Frau Fuchs-Dreisbach, auf die Frage zu den Beratungsstrukturen. Die sind ausreichend, müssen aber noch stärker fokussiert und weiter intensiviert werden. Die Arbeitsagenturen sind da nicht alleine unterwegs. Wir haben eine enge Abstimmung mit dem Arbeitsministerium und auch mit den Partnern im Ausbildungskonsens und können sie punktuell regional – da, wo der Bedarf ist – sehr gut einsetzen. Das ist zumindest meine Wahrnehmung.

Noch Potenzial haben wir in Bezug auf eine landesrechtliche Regelung für die Jugendlichen, die die Schule ohne erkennbare Perspektive verlassen. Ich möchte auch in diesem Kreis noch einmal dafür werben, eine Regelung zu finden, dass den Arbeitsagenturen benannt werden kann, welche Jugendlichen die Schule verlassen, ohne eine Anschlussperspektive zu haben. Dann könnte man von dort aus auf die Jugendlichen zugehen. Dann kann man auch darüber sprechen, welche Angebote wir noch unterstützend beibringen können.

Herr Mostofizadeh, Sie haben Homeoffice und mobiles Arbeiten mit den Begriffen „kontrollieren“ und „administrieren“ angesprochen. Da dieses Thema in dem Fragenkatalog nicht vorkam, kann ich Ihnen eigentlich nur das Vorgehen unserer Organisation darstellen. Vielleicht kann man daraus aber relativ viel ableiten.

Wenn das Ziel an der Stelle ist, weniger Kolleginnen und Kollegen im Büro zu haben, dann bieten sich in der Regel Schichtmodelle an. Das hat sich auch bei uns bewährt. Man wechselt alle zwei oder drei Tage. Das lässt sich administrieren. Das lässt sich auch in den Teams gut organisieren. Das ist ohne großen Aufwand machbar. So kann ich das persönliche Erscheinen – ich muss in der persönlichen Beratungssituation am Schreibtisch sitzen – mit den Nacharbeiten kompensieren, die ich dann gerne im Homeoffice mache.

Ich glaube, das lässt sich an vielen Stellen herstellen, bezieht sich aber natürlich ausschließlich auf die Bereiche, die nicht in Werkstattstrukturen oder im Dienstleistungsbereich unmittelbar mit dem Kunden arbeiten. Wir sind da, glaube ich, in einer besonderen Situation.

Zu den Insolvenzen: Mit der Zahlung von Insolvenzausfallgeld sind wir am Ende der „Nahrungskette“, erkennen aber keinen Anstieg bei den Anträgen. Das, was die Vordredner gesagt haben, kann ich also gerne bestätigen.

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Ich habe noch eine Nachfrage, Herr Withake. Sie sprachen in Ihren Ausführungen davon, dass Leistungen unter anderem von Kleinkünstlern, Künstlern und Solo-Beschäftigten in Anspruch genommen wurden. Gerade steht eine Branche Gewehr bei Fuß, um endlich mit ihrer Arbeit zu starten; das sind die Schausteller. Haben Sie zu dem Bereich auch Erkenntnisse?

Torsten Withake (Regionaldirektion NRW der BA [per Telefon zugeschaltet]): Nein, zu den Schaustellern habe ich leider keine Erkenntnisse.

Helmut Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): Ich möchte etwas zum Thema „Ausbildung“ sagen. Wir bilden in sieben Berufen aus und sind in der Pandemie auf viele Leute und auch auf Schulen zugegangen. Das erste Mal seit Jahren haben wir es geschafft, Leute in Berufe zu bekommen – ich spreche nicht unbedingt von Eventkaufleuten, da gibt es immer genug, sondern von Fleischern, Konditoren, Köchen –, die sonst nur schwer zu besetzen sind. Wir haben gesagt: Guckt euch das einfach an. Arbeitet erst mal auf 450-Euro-Basis im Partyservice, dann seht ihr, was da überhaupt passiert, was ihr machen müsst. – Dadurch konnten wir in diesem Jahr so viele Auszubildende bekommen, auch in den Berufen, wie wir sie noch nie hatten. Wir haben gesagt: Arbeitet im Partyservice, guckt euch das an, lernt den Betrieb kennen, lernt das Umfeld kennen. – Damit haben wir einen sehr großen Fortschritt erreicht. Damit sind wir sehr zufrieden.

Zu dem Umgang mit Behörden, mit Anordnungen: Eine Anordnung „jetzt sofort“ funktioniert in unserer Branche nicht, weil vieles eine gewisse Vorbereitungszeit hat. Wenn Veranstaltungen von heute auf morgen gestoppt werden, dann kann man mit den

Lebensmitteln nichts anderes machen, als sie der Tafel oder einer Hilfsorganisation zu spenden bzw. sie wegzuschmeißen. Es handelt sich um Dinge, die man nicht verwahren kann. Mein Sohn wird jetzt noch einige Beispiele nennen, was uns in der Zeit passiert ist und was man vielleicht ändern sollte.

Dennis Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): Zu der Kommunikation mit den Behörden: Dass man sich am Anfang der Pandemie sicherlich erst einmal eingrooven musste und dass es Schwierigkeiten gab, steht außer Frage. Das war in unserem Betrieb der Fall, wie sicherlich in jeder Behörde und Organisation. Das ist selbstverständlich. Das nimmt einem auch niemand krumm, weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Es gibt aber Dinge, bei denen man nur den Kopf schütteln kann. Das muss man leider so sagen. Vor ca. fünf, sechs Wochen kam eine unserer Mitarbeiterinnen aus dem Urlaub im Bereich des Balkans zurück. Sie hat dann bei uns im Betrieb einen Test gemacht und zehn Tage lang ganz normal gearbeitet. Nach zehn Tagen kam sie mit einem Zettel zu mir und sagte: Ich muss jetzt noch in Quarantäne gehen. – Ich habe dann nach dem Grund gefragt, da sie doch schon zehn Tage wieder gearbeitet hatte. Die Antwort war: Die Behörde möchte das so, weil ein anderer Fluggast positiv auf Corona getestet wurde. – Sie musste also in Quarantäne gehen.

Ich habe dann bei der Behörde nachgefragt, ob es richtig ist, dass die Mitarbeiterin hätte infiziert sein und damit bereits zehn Tage lang durch den Betrieb laufen können, ohne dass wir davon wissen. Ich habe gesagt, sie hätte alle Mitarbeiter anstecken können, die dann in Quarantäne gemusst hätten. Wir hätten Hunderte Hochzeiten absagen müssen, der Betrieb hätte in der Bild-Zeitung, bei Facebook, bei Twitter, bei Instagram und sonst wo gestanden. Das hätte die Existenzgrundlage unseres Betriebes extrem geschädigt, ebenso die Menschen, die für uns arbeiten, die seit Jahrzehnten schwitzen und Gas geben. Die Antwort lautete: Ja, das ist leider so, weil wir immer noch nicht miteinander vernetzt sind, und wir haben heute erst die Info aus dem anderen Kreis bekommen.

Es tut wirklich weh, wenn man mitbekommt, dass die Behörden nach anderthalb Jahren Pandemie immer noch nicht untereinander vernetzt sind. Da kann man wirklich nur den Kopf schütteln, gerade bei solch einer Geschichte, wo alles so hoch aufgehängt wird. – Das ist ein Fallbeispiel.

Wenn eine neue Verordnung herauskommt, dauert es teilweise zwei, drei, vier Tage, bis wir sie verarbeitet haben, um überhaupt Fragen beantworten zu können. Das ist schwierig, wenn die Verordnung schon greift, wir aber nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen. Kunden, die am Samstag ihre Hochzeit feiern wollen, rufen bei uns an und wissen teilweise am Freitag noch nicht, ob sie feiern dürfen oder nicht, wenn ja, unter welchen Bedingungen. Wenn man keine Hilfe bekommt, die Mitarbeiter aber leider das Ventil für die Kunden sind, ist das sehr anstrengend. – Das zum Thema „Kommunikation mit den Behörden“.

Dann kam die Frage auf, was die Politik für die Veranstaltungsbranche oder für unsere Firmen besser machen kann. In der gesamten Pandemie war es immer ein Hin und

Her. Das Regelwerk wurde teilweise wöchentlich geändert. Das verunsichert die Kundenschaft unglaublich. Eine gleichbleibende Sprache wäre sehr schön und mehr Vorlauf. Man kann Dinge nicht von jetzt auf gleich umsetzen. Dann müssen wir teilweise Lebensmittel wegwerfen. Die Leute brauchen zumindest ein bisschen Planungssicherheit. Wenn Verordnungen am Donnerstag kommen und Sonntag oder noch kurzfristiger in Kraft treten, dann ist das sehr schwierig zu planen.

Wir wissen, dass man auf die Veranstaltungsbranche oder den Kulturbereich sicherlich am ehesten verzichten kann und dass wir vielleicht auch ein Stück weit Treiber sind. Trotzdem sollten die Hilfen auch in Zukunft – das hat zumindest in letzter Zeit gut geklappt – weitergezahlt werden, damit die Unternehmen weiterleben können.

Das sind die Wünsche, die wir haben: Wir brauchen eine etwas langfristige Planung, die weitere Unterstützung des Staates und eine schnellere Kommunikation.

Was die 2G-Regelung angeht, gibt es unterschiedliche Meinungen. Ich glaube, es hätte der Situation sehr gutgetan, wenn wir das Testen nicht abgeschafft hätten. Das ist aber nur meine persönliche Meinung. Denn wie wir alle festgestellt haben – ich glaube, das war schon vorher bekannt –, können auch Geimpfte die Infektion weitertransportieren; bei den Genesenen weiß ich es nicht. Im Endeffekt sind sie wie tickende Zeitbomben unterwegs, weil sie meinen, sie würden einen Schutzmantel tragen. Sie verzichten teilweise auf das Tragen einer Maske oder andere Dinge. Das ist fatal. Wir stellen sehr häufig fest, gerade bei Leuten, die sich vielleicht nicht so sehr informieren oder die Sprache nicht so gut beherrschen, dass sie meinen, mit der Impfung nicht mehr gefährdet zu sein. Das ist unglaublich schwierig.

Ich glaube, wir hätten den „Vielleicht-Lockdown“ oder was auch immer kommen vermeiden können, wenn wir das Testen und das Regelwerk grundsätzlich beibehalten hätten. Meiner Meinung nach ist eine Regelung mit einem Plus, wie immer man sie nennt, die sinnvollste Lösung. Das heißt, wenn ich eine Veranstaltung besuchen möchte, mache ich einen Test. Dann ist für alle die Wahrscheinlichkeit zumindest sehr hoch, dass sie gesund nach Hause kommen und nicht Opa und Oma, Schwangere oder wen auch immer anstecken. Es wäre schön, wenn ich als Konzertbesucher weiß, dass alle, die mit mir im Raum sind, getestet sind. Das gibt allen Besuchern und somit auch der Veranstaltungsbranche, unseren Mitarbeitern Sicherheit. Dann könnte man weiterhin an Veranstaltungen teilnehmen. Unsicherheit und tickende Zeitbomben sind eher kontraproduktiv. Deswegen verstehe ich persönlich die 2G-Regelung und die Diskussion darüber überhaupt nicht.

Welche Verordnungen haben uns das Leben schwermgemacht? – Ich habe es schon fast beantwortet. Dass die kostenlosen Tests eingestellt wurden, finde ich wirklich schwierig bzw. blödsinnig, genauso dass es zu Ostern einen Feiertag mehr geben sollte. Das hätte nur dafür gesorgt, dass die Leute noch geballter in die Einkaufszentren gehen. Die Ideen habe ich teilweise nicht verstanden.

Zwei Dinge möchte ich noch ergänzen. Zum einen zur Kurzarbeit: Vielleicht wäre es ein Denkanreiz, bei der Kurzarbeit zumindest einen Schritt weiterzugehen, also bei den kleinen Gehältern noch eine Schippe draufzulegen und über 70 oder 87 % hinauszugehen. Jemand, der gut verdient, kann gerne ein bisschen mehr abgeben. Ich

glaube, das ist überhaupt kein Problem. Aber das darf nicht passieren bei Leuten – gerade bei uns in der Gastronomie – mit einem geringen Einkommen. Wir haben fast nur Fachkräfte. Es gibt fast keine Leute, die einfach so – aufgrund des vorhandenen Mangels – ersetzbar sind. Leute mit sehr wenig Einkommen müssen meines Erachtens noch mehr unterstützt werden, und das dringend.

Denn wenn die Leute in die Privatinsolvenz gehen, beißt sich die Katze in den Schwanz. Das bedeutet, der Mitarbeiter ist demotiviert, legt vielleicht sogar den Job nieder oder reduziert die Stundenzahl auf Teilzeit, weil er nur einen gewissen Satz verdienen darf. Somit ist es unglaublich wichtig für uns, dass sie nicht in die Insolvenz fallen, sondern weiterhin Lust haben, bei uns in der Branche Gas zu geben. Nur, dafür müssen wir sie in den nächsten sechs Monaten stärker unterstützen als in der Vergangenheit. Wie gesagt, man kann da eine Grenze ziehen. Es geht nicht um denjenigen, der 4.000 Euro brutto verdient, sondern es geht tatsächlich um die Kleinverdiener. Das ist zwingend notwendig.

Zum anderen eine Geschichte aus der Praxis zu den Langzeitarbeitslosen: Es gibt sehr viele Langzeitarbeitslose, die theoretisch in der Gastronomie arbeiten könnten, weil sie in dem Bereich entweder schon ausgebildet sind oder weil sie die Arbeit erlernen können. Ich glaube, die Gastronomie ist die Branche, die am meisten auf Leute zurückgreift, die nicht qualifiziert sind, die sie dann qualifiziert und wieder in die Arbeitswelt bringt. Viele Leute aus dem Ausland sind hierhin gekommen und haben in der Gastronomie ihre Heimat gefunden. Eigentlich kann auch jeder andere, der langzeitarbeitslos ist, seine Heimat in der Gastronomie finden. Es stellt sich eher die Frage der Motivation.

Dabei wird die Mindestloohnerhöhung helfen, wenn die Schere ein bisschen mehr auseinandergeht zwischen den Leuten, die arbeiten, und den Leuten, die nicht arbeiten. Meines Erachtens funktioniert die Motivation leider nur über das Portemonnaie. Das motiviert am meisten. Wenn die Leute noch andere Bezüge bekommen, zum Beispiel Wohngeld – ich kenne das aus meiner Praxis –, dann sagen sie: Es ist zwar ganz schön, ich kann hier arbeiten, aber am Ende des Tages arbeite ich für nichts. – Da muss die Schere weiter auseinandergehen.

Ich merke, weil ich die Personalangelegenheiten bei uns regele, dass die Leute kein Interesse haben. Sie schreiben noch nicht mal Bewerbungen oder melden sich. Wenn die Arbeitsämter von uns die Rückmeldung anfordern, ob sich der Kunde bei uns beworben hat, dann muss ich leider in 19 von 20 Fällen schreiben: nein, hat sich nicht beworben. – Dabei handelt es sich um Leute, die bei uns entweder als Hilfskraft arbeiten könnten, und wir qualifizieren sie, oder sogar als gelernte Köche, gelernte Veranstaltungskaufleute oder gelernte Konditoren. Aber sie haben leider keinen Anreiz. Ich vermute, dass relativ viel über das Portemonnaie geregelt werden kann.

Der Mindestlohn wird hoffentlich ein bisschen helfen. Aber es darf nicht sein, dass in demselben Maße auch alle anderen Bezüge steigen, weil die Motivation dann leider wieder verpufft.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich habe noch eine Zusatzfrage, Herr Stolzenhoff. Das geht in die Richtung der Fragestellung von Herrn Mostofizadeh, der eben darauf hingewiesen hat, dass der Ministerpräsident heute 2G bzw. 2G plus angekündigt hat. Dazu liegt noch nichts vor. Das kann auch gar nicht sein, das soll überhaupt keine Kritik sein. Es ist von 2G im Freizeitbereich die Rede und in sensiblen Bereichen, zum Beispiel bei Karnevalssitzungen, von 2G plus.

Nun hat es auch in der Vergangenheit schon Auflagen gegeben, Sie haben es eben selber angesprochen. Sie haben eigene Räumlichkeiten, in denen Sie als Veranstalter auftreten, und Sie liefern in Räumlichkeiten, wo andere Veranstalter sind. Wie funktioniert denn dann bei Ihnen – ich denke an den „Westpol“-Bericht vom letzten Sonntag – die Kontrolle?

Dennis Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): Es gibt verschiedene Optionen. Wenn wir selber Veranstalter sind, dann kontrollieren wir auch. Das heißt, es wird extra Personal abgestellt, es gibt eine Gästeliste oder Besucherliste. Normalerweise führen wir nur Veranstaltungen durch, bei denen das Publikum, der eingeladene Personenkreis dem Gastgeber, zum Beispiel einem Hochzeitspaar, bekannt ist.

Bei Veranstaltungen außer Haus, die wir beliefern, läuft das Ganze auch sehr professionell ab und funktioniert. Man sollte hier vielleicht unterscheiden. Die Tagesgastronomie – Restaurant, Kneipe – arbeitet stoßartig. Gerade im Karnevalsgeschäft gibt es punktuell einen unglaublichen Andrang. Für Gastronomen ist es kostentechnisch vielleicht schwierig, jemanden für die Tür abzustellen, der dann 50 oder 100 oder wie viele Gäste auch immer kontrolliert. Dann werden die Kellner angewiesen, zu kontrollieren, die aber teilweise aufgrund der Personalknappheit überfordert sind und das Ganze sehr lapidar handhaben. Gerade bei Kneipen, Diskotheken, Restaurants, wo das Geschäft sehr stoßartig stattfindet, ist das ein Problem.

Veranstaltungen, die punktuell für einen Tag stattfinden – zumindest kann ich das für Kollegen und auch für uns sagen –, sind sehr gut organisiert, weil man sich vernünftig vorbereitet und eine vernünftige Einlasssituation schafft. In der Tagesgastronomie weiß man nie, wie viele Leute kommen, ob 10 oder 100. Da ist das sicherlich ein bisschen schwieriger. Auch ich habe die Bilder aus Köln gesehen und war ziemlich verwundert, sowohl über die Veranstaltung als auch über den Umgang. Das muss man fairerweise sagen.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Wir kommen nun zu unserer zweiten Fragerunde.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Ich möchte in unserem Gespräch gerne auf zwei Aspekte eingehen.

Der eine Aspekt ist: Wir haben in der Diskussion um Corona immer wieder von einer sogenannten Brennglasfunktion gesprochen. Das heißt, Missstände sind da, wo sie schon angelegt waren, noch stärker zutage getreten. Meine Frage geht in Richtung der Arbeitsagentur und der Arbeitsmarktfachleute: Kann man sagen, dass sich

Misstände da, wo es sie bisher schon gab, deutlich verstärkt haben und dass es da, wo es bisher gut gelaufen ist, eine gewisse Selbstregulation gibt?

Der zweite Aspekt: Was mich ein Stück weit zu der Frage hat kommen lassen, aber auch ein Stück weit nachhaltig beeindruckt hat, ist, dass auch in dieser Krise wieder ganz bestimmte Personengruppen besonders betroffen sind. Sie haben es gerade aufgezählt: Es sind Frauen, ältere Leute, Personen mit irgendwelchen Handicaps.

Jetzt sind Lösungen angeboten worden, auf die ich nicht zuerst gekommen wäre, um die Probleme anzugehen, sprich: Leiharbeit oder die sachgrundlose Befristung. Gerade da sehe ich eher Schwierigkeiten.

Ich finde es auch schwierig, wenn berichtet wird, dass zum Beispiel Hilfestrukturen nicht in Anspruch genommen werden konnten, weil der persönliche Kontakt unterbrochen ist. Wenn Herr Stolzenhoff erzählt, wie er Auszubildende findet, indem er nämlich in die persönliche Beziehung, in den persönlichen Kontakt geht, dann scheint mir das sehr viel mehr ein Weg zu sein.

Die modularisierte Ausbildung ist angesprochen worden. Es ist ja im Grunde genommen eine Form der modularisierten Ausbildung, wenn ich sage: Komm zu mir, ich zeige dir den Betrieb. Ich nehme dich auch an die Hand, und wenn du mal was falsch machst, dann wird dir nicht sofort den Kopf abgerissen, sondern wir stehen dir helfend zur Seite. – Durch solch eine Art von Beziehungsbildung schafft man es ja vielleicht, den einen oder anderen davon zu überzeugen, dass es neben dem Geld auch noch andere Faktoren, wie ein gutes Betriebsklima usw., geben muss, damit die Leute bleiben.

Wäre es nicht viel sinnvoller, den Menschen eine Begleitung an die Seite zu geben, die sich dann um sie kümmert? Wir geben den Familien Hilfestrukturen an die Hand, damit sie beispielsweise mit Formularen, die sie nicht bewältigen können, zurechtkommen. Wir stellen Jugendlichen und auch Familien Coaches zur Seite. Wäre das nicht ein Weg, den wir hier gehen könnten?

Auch über die Digitalisierung könnte man Möglichkeiten schaffen. Man unterstützt, indem man Arbeit umschichtet. Es könnte zu einem Wechsel der Arbeitskultur kommen, indem man zum Beispiel verstärkt über Lebensarbeitszeiten, aber auch über Lebensarbeitszeitkonten nachdenkt. Bei all diesen Punkten denke ich: Müssen wir uns nicht viel kreativer auf neue Entwicklungen am Arbeitsmarkt einstellen, als wir es bisher getan haben?

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir treten dann wieder in eine Beantwortungsrunde ein.

Dr. Frank Bauer (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung NRW): Ich muss am Anfang sagen, dass ich kaum eine Antwort auf die Frage nach Misständen geben kann. Auf Forschungsebene wüsste ich nicht genau, welche Misstände zu adressieren wären und welche Daten man dann hätte.

Mit Sicherheit stimmt, dass es Probleme gibt, die sich für bestimmte Gruppen verstärken. Das haben wir jetzt mehrfach angesprochen. Personen, die ohnehin vulnerabel

waren, wurden besonders hart und besonders langfristig getroffen. Das sind aber sehr spezielle Strukturen, die man im Einzelfall noch analysieren muss: Welche Personengruppen, welche Branchen, welche Dauer? Ich bin fest davon überzeugt, dass das so stimmt. Das scheint mir hier auch Konsens zu sein.

Dann möchte ich auf Ihren Gedanken der Begleitung eingehen. Das muss ich wahrscheinlich ohnehin. Eben kam die Evaluation des Teilhabechancengesetzes zur Sprache. Es wäre wahrscheinlich fahrlässig, wenn ich dazu nichts sagen würde, weil ich selbst ein Modul leite, das in dieser Evaluation stattfindet, nämlich das Modul zum Coaching.

Wir haben da eine gewisse Ambivalenz, die Sie auch angesprochen haben. In Bezug auf das Teilhabechancengesetz gibt es mit Sicherheit einen großen Unterstützungsbedarf auf der Ebene der Geförderten. Das ist gesichert. Das zeigt jedes Gespräch, das ich führe.

Die Infektionsschutzmaßnahmen führen jetzt leider dazu, dass man die Coaches nicht Face to Face treffen kann. Man kann nicht sagen, dass das gut ist, aber man kann auch nicht sagen, dass es falsch ist. Die Infektionsschutzmaßnahmen sind nun einmal da. Das zeitigt Konsequenzen, die problematisch sein können, und das zeitigt auch Konsequenzen, die für die Coaches selber belastend sind. Die Jobcenter fahren manchmal Ausnahmeregelungen, dass in wirklichen Notfällen dann doch Kontakt aufgenommen wird. Es gibt andere Versuche wie „Walk & Talk“ oder Telefongespräche. Aber es ist, wie Sie sagen, eine Einschränkung.

Auf dieser Ebene kann man das Coaching, das noch ein sehr unerprobtes Instrument ist, aber auch nicht als Allheilmittel darstellen. Wir sind im Moment noch in dem Prozess begriffen, herauszufinden, was das überhaupt sein soll. „Coaching“ ist ja ein leerer Begriff. Das ist irgendeine Unterstützungsstruktur, die jetzt „ganzheitlich“ genannt wird und manchmal „sozialpädagogisch“. Wir versuchen im Moment, zu ermitteln, was die sachliche Grundlage dieser Tätigkeit ist und wo das helfen kann.

Wir sehen klar, es gibt Unterstützungsbedarf, und wir sehen, es gibt unterschiedliche Zugänge. Aber das Problem mit den eingeschränkten Face-to-Face-Kontakten ist einfach da. Das ist im Moment in der Krise ein Strukturproblem.

Ich muss in diesem Kontext noch sagen, weil hier auch Betriebsvertreter anwesend sind: Beim Teilhabechancengesetz machen hauptsächlich Kleinbetriebe mit. Wir sehen, dass in dem Dreieck aus Betrieb, Coach und Gefördertem die betriebliche Integration sowie Vergemeinschaftungs- und Qualifikationsprozesse im Betrieb außerordentlich wichtig sind. Diese flankieren das Coaching, ersetzen es stellenweise und brauchen das Coaching auch stellenweise. Diesen Aspekt würde ich ebenfalls betrachten.

Zu guter Letzt, damit wir nicht zu viel Harmonie zwischen den Stellungnahmen haben: Über die Reform des Arbeitszeitgesetzes haben wir hier schon öfter diskutiert. Es geht um Flexibilität und Kompromisse. Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die gerade bei Einschränkungen von Ruhezeiten nachweisen, dass selbst seltene Ausnahmen schnell zu gesundheitlichen Folgen führen. Das möchte ich noch kurz in die Debatte einspeisen, damit sie nicht so einseitig ist.

Prof. Dr. Torsten Schmidt (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung): Ich will nur einen Aspekt zum Thema „Brennglas“ ergänzen. Das trifft natürlich auch auf den Bereich des Homeoffice zu. Da ist wirklich eine Menge passiert. Man kann durchaus als ermutigend ansehen, dass sich viele Unternehmen der Probleme, die da bestanden, angenommen haben. Wir haben bei uns auch gemerkt, dass plötzlich Dinge ermöglicht wurden, bei denen Arbeitgeber früher gesagt haben: Das haben wir eigentlich nicht so gerne. – Da sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Das fand ich ermutigend. Ein Brennglas kann manchmal auch helfen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Kann manchmal eine Lupe sein!)

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Eine kleine Lupe kann ein großes Brennglas sein.

Dr. Oliver Stettes (Institut der deutschen Wirtschaft): Ganz kurz zum Brennglas und den Missständen: Herr Bauer hat gerade ein bisschen eine Kontroverse aufgemacht. Die fange ich jetzt wieder ein, weil ich seinen ersten Punkt in der Tat bekräftigen möchte.

Ob man etwas als Missstand bezeichnet, das hervortritt, weil Corona wie ein Brennglas wirkt, das ist eine politische Bewertung. Wir wissen, dass Minijobs stärker betroffen sind. Es hängt davon ab, wie Sie diese Beschäftigungsformen wahrnehmen. Dass Minijobs damit verbunden sind, dass man kein Arbeitslosengeld bezieht, ist systemimmanent. Das ist eine politische Bewertung dieser Beschäftigungsform.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Bei Frauen auch für die Rente sehr wichtig!)

– Gleiches gilt für den Rentenanspruch. Allerdings könnte man im Rahmen der Minijobs rentenversicherungspflichtig bleiben. Viele wollen da natürlich raus, weil der Anspruch relativ gering ist. Das ist aber eine politische Bewertung und hat wenig mit Corona zu tun.

Bei den Solo-Selbstständigen oder den Selbstständigen, die auch in die Diskussion geraten sind, muss man sich zum Beispiel immer bewusst machen, dass die Arbeitsangebotsentscheidung, also wie viel jemand arbeitet, ob er in diese Beschäftigungsform geht oder wie groß das zeitliche Engagement ist, häufig von dem jeweiligen Haushaltskontext abhängt.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Wir wissen relativ gut aus der empirischen Forschung zum Haushaltskontext von Solo-Selbstständigen, dass wir es mit einem ganz großen Block von Menschen zu tun haben, die das im Grunde genommen als Hinzuverdienst ansehen. Die Vermögens- oder die Einkommenspositionen dieser Haushalte sind aber nicht schlechter als die Einkommenspositionen der Haushalte, in denen die solo-selbstständige Person ein extrem hohes Einkommen hat, weil sie mit einem hohen Stundenvolumen unterwegs ist, möglicherweise aufgrund der Tätigkeit, die sie ausübt, hohe Umsätze generieren kann.

Das heißt, man muss immer ganz genau hinschauen, welchen Sachverhalt man adressieren möchte, gerade wenn man sich mit Reformvorschlägen, was diese beiden

Beschäftigungsformen angeht, auseinandersetzt. Welchen Aspekt möchte man adressieren? Geht es um das Thema „Altersarmut“? Geht es um das Thema „Armut in der Gegenwart“ und dergleichen mehr? Klar ist, dass diese Beschäftigungsformen immanente Merkmale haben, die dafür Sorge tragen, dass die in Rede stehenden Gruppen in einem solchen wirtschaftlichen Abschwung, wie wir ihn gerade erleben, möglicherweise eher betroffen sind. Das heißt aber noch nicht, dass eine hohe Betroffenheit, eine Notlage vorliegen muss.

Lassen Sie mich dann etwas zu dem Stichwort „Lebensarbeitszeitkonten“ und der Frage, ob wir da ganz neu denken müssen, sagen. Ich bin seit ungefähr 20 Jahren im arbeitsmarktwissenschaftlichen Bereich unterwegs. Seit 20 Jahren diskutieren wir darüber, und wir sehen, dass Lebensarbeitszeitkonten kaum verbreitet sind. Das hat viel mit der Art und Weise zu tun, wie Lebensarbeitszeitkonten gemanagt werden müssen. Das ist für viele einfach unattraktiv. Wir müssen vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass es in der Form nicht ganz das Instrument ist, wie man es gemeinhin befürwortet.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Voigt-Küppers, haben Sie ein bisschen eine Arbeitszeitumverteilung ins Spiel gebracht. Das hängt auch wieder ganz stark davon ab, was Sie darunter verstehen. Es gab die Diskussion über eine mögliche Viertagewoche. Das wurde ins Spiel gebracht. Das kann im Einzelfall sogar ein Instrument sein. Wir haben es seinerzeit bei VW erlebt, wo man das auf der betrieblichen Ebene gemacht hat. Man kann das mit oder ohne Lohnausgleich machen. Es ist aber eine betriebliche Entscheidung, was da angemessen ist.

Dann stellt sich auf der politischen Ebene die Frage, wenn Sie beispielsweise an solche Modelle denken, ob man das subventionieren und alimentieren möchte. Da hätte ich gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels relativ große Vorbehalte, und das ist für mich ganz entscheidend. Aufgrund der geringer werdenden Anzahl von Menschen, die aktiv im Erwerbsleben stehen, wird das Arbeitsvolumen ohnehin sinken. Wenn wir jetzt auch noch künstlich subventionieren, dass sich dieses Sinken beschleunigt, dann kriegen wir richtig Probleme in der Refinanzierung unserer Sozialversicherungssysteme. Vor dem Hintergrund wäre ich da relativ zurückhaltend.

Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz haben wir ein gesetzliches Instrumentarium, das jedem Beschäftigten, jeder Beschäftigten ermöglicht, gemeinsam mit dem Arbeitgeber, der Arbeitgeberin eine Arbeitszeitentscheidung zu treffen, die den Präferenzen entspricht. Da sehe ich ehrlicherweise gar keinen Handlungsbedarf.

Torsten Withake (Regionaldirektion NRW der BA [per Telefon zugeschaltet]): Den Ball nehme ich gerne auf. Vielen Dank für die Frage, Frau Voigt-Küppers. Zum Thema „Brennglas“ stelle ich mal ein paar Situationen vor, die mir im Beratungsgeschehen gespiegelt wurden.

Erstes Beispiel: Wir alle können uns an den Beginn der Pandemie erinnern, als nicht nur das Toilettenpapier knapp wurde, sondern auch billige Lebensmittel. Es hat Monate gedauert, bis es zu einer Einmalzahlung für SGB-II-Leistungsempfänger gekommen ist. Für sie ist es in dieser Phase extrem eng gewesen, auf Lebensmittel zurückzugreifen,

weil sich auch die Tafelstrukturen erst einmal auf die besondere Situation einstellen mussten.

Das zweite Beispiel sind digitale Endgeräte, auch wieder für Jugendliche in SGB-II-Familien. Für das Homeschooling standen Geräte in der Regel irgendwie zur Verfügung, entweder über die Kommunen, über das Land oder weil es private Sponsoren gab. Die flächendeckende Nutzung war aber nicht möglich, und viele junge Menschen hatten weiterhin keine digitalen Endgeräte. Das Ganze ist auch nicht zu Ende gedacht gewesen. Denn um tatsächlich am Unterricht teilnehmen zu können, brauchen sie, auch wenn sie ein digitales Endgerät haben, eine Flatrate. Das war für viele SGB-II-Familien ein unendlich großes Problem, weil es wieder zu zusätzlichen Kosten geführt hat. Ich könnte Ihnen eine ganze Handvoll Beispiele nennen, bei denen wir das Thema „Brennglas“ gesehen haben.

Wir haben die Probleme auch bei besonderen Personengruppen gesehen, die Herr Dr. Bauer eben schon sehr ausführlich angesprochen hat. Insbesondere der Anstieg der arbeitslosen Menschen mit Fluchterfahrung, die im Helfersegment tätig waren, hat uns alle betroffen gemacht. Der Punkt hat uns echt wehgetan, weil wir alle sehr, sehr lange daran gearbeitet haben. Es ist uns insgesamt nicht gut gelungen, diese Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen oder zu halten. Das war erst mit einer Erleichterung des Lockdowns, mit dem Anziehen des Wirtschaftsgeschehens wieder möglich. Aber in der Zwischenzeit hatten wir Rückschläge zu verkraften.

Herr Stolzenhoff, Sie haben es gerade angesprochen. Sie sind einer der wenigen Betriebe gewesen, die Praktikumsplätze angeboten haben. Während der Pandemie gab es in ganz vielen Unternehmen einen Praktikumsstopp. Kein Jugendlicher konnte sich mehr einen Beruf anschauen. Das hat für Jugendliche natürlich auch so etwas wie geschlossene Türen signalisiert: Wir wollen dich hier jetzt nicht haben. – Es kann sein, dass sich viele Jugendliche deshalb umorientiert haben.

Eine weitere Frage, die wir vielleicht noch aufnehmen könnten, wäre, wie Leistungsfähige tatsächlich mit finanziellen Notlagen umgegangen sind. Ich habe es eben kurz angesprochen: Viele sind wirklich auf sich alleine gestellt gewesen. Die helfenden Hände, die begleitenden Strukturen, von denen Herr Dr. Bauer gerade gesprochen hat, waren einfach nicht präsent.

Was das Thema der beruflichen Lehre angeht: Bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch. Ich kann aber sagen, dass ich mehr Anrufe von Bildungsträgern zu der Frage bekommen habe, wie das Antragsverfahren nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz aussieht, als zu der Frage, wie sie sich zukunftsfähig aufstellen können. Wir haben aus meiner Sicht in der beruflichen Bildung noch ein ziemliches Potenzial, was die digitale Lehre angeht. Dort sind ganz viele Dinge unter dem Brennglas zu sehen.

Wir haben eben über die Digitalisierung der Verwaltung gesprochen. Es gibt ganz viele Stellen, an denen wir viel gelernt haben, aber wir sind noch lange nicht fertig. Ich hänge besonders an dem Thema der digitalisierten Lehre. Da verschenken wir einfach Potenzial. Insbesondere für Frauen mit Familienpflichten könnten wir die Unabhängigkeit von Ort und Zeit der Lehre ganz anders annehmen als mit Präsenzveranstaltungen. Einzelne Bildungsträger machen sich da auf den Weg. Das funktioniert ganz gut, aber

flächendeckend sind wir noch nicht gut aufgestellt. An der einen oder anderen Stelle sehe ich zumindest noch Potenzial.

Helmut Stolzenhoff (Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff): All diese Punkte finde ich sehr interessant und auch gut, es gibt allerdings ein Aber. Das sind die Arbeitszeiten. Man sollte nicht die Regeln über die Menschen stellen und alles regulieren. Wir sehen es jeden Tag. Man muss die Menschen fragen. Mein Sohn macht die Personalleitung. Wenn sich jemand bei uns vorstellt, dann fragt er: Was möchtest du überhaupt? Welche Erwartungen hast du? Was stellst du dir vor? – Die eine Bewerberin möchte zum Beispiel 100 Stunden arbeiten, ein anderer Bewerber möchte vielleicht viel länger arbeiten. Bevor er für einen 450-Euro-Job woanders hinget, lasse ihn doch lieber 199 Stunden bei mir arbeiten, wenn er das möchte.

Der Mensch muss entscheiden, was er möchte, und nicht die Regeln. Von Bärenmarke gibt es dazu einen ganz guten Spruch: Nur glückliche Kühe geben gute Milch. – Man muss versuchen, im Unternehmen glückliche Menschen zu haben, ob es Afrikaner sind, mit denen wir sehr gute Erfahrungen gemacht haben, oder Syrer, die hier in Deutschland etwas erreichen wollen. Einen haben wir jetzt sogar von der Reinigung/Spülerei in die Metzgerei versetzt, einen in die Küche und eine Frau in die Konditorei. Man muss doch auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen.

Gerade junge Familien, die sich vielleicht ein Häuschen oder eine Eigentumswohnung kaufen wollen, die eine Wohnung einrichten wollen, möchten auch gerne ein bisschen mehr arbeiten. Wenn alles reglementiert ist, dann macht man die Menschen nicht glücklicher. Sie weichen dann vielleicht aus und nehmen woanders noch einen 450-Euro-Job an oder gehen, wenn es ganz schlecht läuft, in die Schwarzarbeit. Damit ist keinem geholfen.

Darum: nicht zu viel regeln, sondern mit den Menschen reden. Der Mensch ist weit genug und intelligent genug, um selbst zu wissen, was er will. Er kann sich selber regeln. Der Arbeitgeber sollte vor allen Dingen nicht sagen: „Du musst“ – das ist das Schlimmste, was es gibt –, sondern fragen: „Was willst du? Kommst du klar?“ Dann bleiben die Leute auch lange im Unternehmen, und man hat zufriedene Mitarbeiter.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Dann möchte ich mich recht herzlich bei den Sachverständigen für die angeregte Diskussion bedanken.

Ich bedauere ebenso wie Herr Withake, dass wir jetzt nicht mehr über das Renteneinstiegsalter, nicht mehr über die Rentenfinanzierung, nicht mehr über das Arbeitszeitgesetz, Herr Stolzenhoff, nicht mehr über den Mindestlohn, nicht mehr über die Mehrwertsteuer und nicht mehr über Minijobs diskutieren können. Ich würde mich freuen, wenn wir das in einem anderen Gremium einmal nachholen könnten, damit ich intensiv mitdiskutieren kann.

(Peter Preuß [CDU]: Sie haben die sachgrundlose Befristung vergessen!)

– Und die sachgrundlose Befristung. Entschuldigung, Herr Preuß. Ich habe trotz Maske immer Ihr Strahlen gesehen, als die Themen aufgerufen wurden, allerdings wusste ich, dass Ihr Strahlen bei dem einen oder anderen Thema ein bisschen anders zu werten war. Aber ich nehme das mit Humor.

Noch mal: Herzlichen Dank. Es war eine spannende Diskussion zur Datenlage im Bereich der Arbeit und Wirtschaft mit vielen Erkenntnissen.

Sie wissen, wir bekommen in unserem Parlamentarischem Begleitgremium immer ein sehr detailliertes Protokoll, das in wenigen Wochen veröffentlicht wird. Wenn gewünscht, werden wir es Ihnen auch zusenden. Ich werde nicht müde, auch in dieser Sitzung dem Sitzungsdokumentarischen Dienst herzlich für die sehr schnelle Arbeit zu danken.

Sie haben die Möglichkeit, jetzt noch hierzubleiben. Ich kann aus Erfahrung sagen, dass es bis zum Ende der Sitzung nur noch wenige Minuten dauern wird. Sie können bleiben, müssen aber natürlich nicht.

2 Verschiedenes

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Ich möchte Ihnen jetzt die Sitzungstermine für das Jahr 2022 mitteilen. Im Kreis der Obleute haben wir folgende Termine abgestimmt – Sie wissen, für die parlamentarische Arbeit ist es ein relativ kurzes Jahr –:

- 11. Januar 2022
- 1. Februar 2022
- 8. März 2022
- 22. März 2022

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Kreise der Obleute das Verfahren zur Einbringung des von uns vorzulegenden Berichtes besprochen haben. Dieser geht vom Parlamentarischen Begleitgremium in den Fachausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie anschließend ins Plenum.

Je nach Verhandlungsstand zu dem Bericht – wir werden damit, so wie mit den Obleuten besprochen, im Dezember beginnen – ist es theoretisch möglich, dass gegebenenfalls ein weiterer Termin in diesem Gremium im Januar erforderlich wird. Ich könnte jetzt selbstkritisch sagen: Es liegt an uns. Wenn wir gut und einvernehmlich miteinander umgehen, dann wird das schon, dann brauchen wir keinen Zusatztermin. Aber das werden die Beratungen zeigen.

Gibt es Wortmeldungen aus dem Ausschuss zu dem Punkt „Verschiedenes“? – Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Wir haben jetzt wieder eine dynamische Lage, was die Pandemie anbetrifft. Es wäre spannend, zu wissen, was fachkundige Menschen dazu sagen, beispielsweise der Leiter des DIVI-Registers oder das RKI. Man könnte sie hierhin einladen oder in den AGS. Nach meinem Gefühl ist wahrscheinlich der AGS zuständig. Daher frage ich den Vorsitzenden, ob das Thema eher beim AGS angesiedelt wäre oder bei uns.

Vorsitzender Rainer Schmelzer: Eine ähnliche Diskussion habe ich heute in einem kleineren Kreis schon mal geführt. Die aktuelle Lage ist, so interpretiere ich zumindest den Entsendebeschluss – persönlich sage ich dazu: leider –, im AGS angesiedelt. Ich denke aber, das wird uns an der einen oder anderen Stelle noch einholen. Sie haben es eben selber zu dem Thema „Arbeit“ in die Diskussion eingebracht, weil es auch passte, in diesem Fall in Bezug auf das anwesende Unternehmen mit Veranstaltungen und Sonstigem. Das betrifft die aktuelle Lage.

Ich bin der festen Überzeugung, die aktuelle Lage wird uns in diesem Begleitgremium immer einholen. Nur, der Entsendebeschluss besagt, dass wir die aktuelle Politik – noch mal: leider – nicht bearbeiten sollen. Das ist meine Wertung. Wenn der überwiegende Teil des Gremiums jetzt sagt, dass Sie alle das ganz anders sehen, würde ich mich erstens freuen und zweitens dazu breitschlagen lassen. – Ich sehe, Sie stimmen mir in dem zweiten Punkt zu.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit schließe ich die Sitzung und berufe die nächste Sitzung für den 7. Dezember ein. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Feierabend, so er denn schon möglich ist.

gez. Rainer Schmeltzer
Vorsitzender

Anlage

06.12.2021/07.12.2021

10

Fachgespräch
des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie

Anlage

Datenlage – Bereich Arbeit / Wirtschaft

am Dienstag, dem 16. November 2021
15.30 bis max. 18.30 Uhr, Raum E 1 D 05

T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Thomas Haipeter Fakultät für Gesellschaftswissenschaften Institut Arbeit und Qualifikation Duisburg	---	---
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) Nürnberg	Dr. Frank Bauer	17/4520
RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Professor Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt, Präsident Essen	Professor Dr. Torsten Schmidt	17/4522 Neudruck
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschafts- forschung an der Universität München e.V. Professor Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Vorstand München	---	---
Institut der deutschen Wirtschaft Michael Hüther, Direktor Köln	Dr. Oliver Stettes	17/4535
Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf	---	---
Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen Torsten Withake Vorsitzender der Geschäftsführung Düsseldorf	Torsten Withake	17/4526
Landesarbeitsgemeinschaft der Jobcenter NRW Stefan Graaf, Vorstandsmitglied Aachen	---	17/4518
Food Manufaktur & Meisterfleischerei Stolzenhoff GmbH & Co. KG Helmut Stolzenhoff, Geschäftsführender Ge- sellschafter Lünen	Helmut Stolzenhoff Dennis Stolzenhoff	17/4550